



EUROPÄISCHE KOMMISSION

URUGUAY

LÄNDERSTRATEGIEPAPIER

2007-2013

10.04.2007 (E/2007/613)

Inhaltsverzeichnis

1. ZIELE UND RAHMEN DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT MIT DER REPUBLIK URUGUAY	4
2. AKTUELLE POLITISCHE FRAGEN IN URUGUAY	5
2.1. Agenda der Regierung.....	5
2.2. Durchführung der geplanten Aufgaben.....	6
3. POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND UMWELTPOLITISCHE LAGE.....	6
3.1. Aktuelle politische Lage	6
3.2. Wirtschaftliche Herausforderungen	8
3.3. Soziale, demografische und territoriale Herausforderungen.....	10
3.4. Bewertung des Reformprozesses	13
3.5. Querschnittsthemen.....	13
4. ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART – RELEVANZ, KOHÄRENZ UND KOORDINIERUNG	14
4.1. Entwicklungshilfe der EU-Mitgliedstaaten und anderer Träger	15
4.2. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der EU.....	15
4.3. Weitere Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit der EU	15
4.4. Bisherige Erfahrungen.....	16
4.5. Untersuchungen zu kombinierten Strategien	16
5. STRATEGIE DER EU	18
5.1. Schwerpunktthema „Sozialer und räumlicher Zusammenhalt“	19
5.2. Schwerpunktthema „Innovation, Forschung und wirtschaftliche Entwicklung“	19
5.3. Querschnittsthemen.....	20
5.4. Mögliche Risiken bei der Umsetzung der Strategie.....	21
6. NATIONALES RICHTPROGRAMM EU / URUGUAY 2007-2013	22
6.1. Finanzinstrumente und Finanzierungsquellen.....	22
6.2. Revisions-, Bewertungs- und Teilnahmegrundsätze.....	22
6.3. Schwerpunktbereiche	22
6.4. Konditionalität.....	24
6.5. Richtprogrammübersichten 2007-2010 und 2011-2013	26
7. ANHÄNGE (LISTE DER ANHÄNGE)	26

ÜBERBLICK

Die Republik Uruguay zählt mit 3,5 Mio. Einwohnern zu den Ländern mit mittlerem Einkommensniveau. Die Einwohner des Landes verfügen im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas im Durchschnitt über ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau und zeichnen sich durch Bürgersinn und eine enge Bindung an die Demokratie ihres Landes aus. Der fast im ganzen 20. Jahrhundert verbreitete soziale Wohlstand machte Uruguay zu einer bemerkenswerten Ausnahmeerscheinung in Lateinamerika. Aufgrund der inhärenten Probleme des auf die Landwirtschaft ausgerichteten, exportorientierten Wirtschaftsmodells und der Überalterung der Bevölkerung ist der Sozialstaat in Uruguay jedoch nicht mehr finanzierbar. Außerdem hatte die schwere Krise 1999 - 2002 in der Region spürbare Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft des Landes und führte zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um insgesamt 18 % und zu einem Anstieg der Armut unter der Bevölkerung von 17,8 % im Jahr 2000 auf 32,1 % im Jahr 2004. Gemessen am UN-Indikator für menschliche Entwicklung hat sich Uruguay 2006 gegenüber den 1990-er Jahren zwar verschlechtert, rangiert aber immer noch auf dem 43. Platz und erreicht damit die zweitbeste Platzierung der Länder des Mercosur¹.

Aus den Wahlen im Oktober 2004 ging Tabaré Vázquez, der Kandidat der *Frente Amplio*, als klarer Sieger hervor. Mit seiner Amtsübernahme am 1. März 2005 brach Uruguay mit einer 170-jährigen Tradition, wonach sich die beiden großen Parteien an der Regierung abwechselten. Die Regierungskoalition verfügt über eine breite Parlamentsmehrheit für die Umsetzung ihres politischen Programms, das auf sechs Schwerpunkte ausgerichtet ist: ein soziales, leistungsfähiges, innovatives, demokratisches, integriertes und kulturelles Uruguay.

Die Zusammenarbeit Uruguays mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) orientiert sich am Rahmenabkommen aus dem Jahr 1992. Die mittelfristigen Zielsetzungen flossen in das Vereinbarungsprotokoll aus dem Jahr 2001 und anschließend in das mehrjährige Nationale Richtprogramm ein, das fester Bestandteil des im Jahr 2002 von der EU verabschiedeten Länderstrategiepapiers (LSP) 2002-2006 ist.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der bisherigen Zusammenarbeit zwischen der EU und Uruguay konzentrieren sich die Maßnahmen im Zeitraum 2007-2013 auf einige wenige Bereiche. Im Mittelpunkt stehen dabei einerseits bessere Bedingungen für einen Dialog mit der Regierung und eine breitere Wirkung sowie, andererseits, die bessere Koordinierung, Kohärenz und Komplementarität mit anderen Entwicklungshilfeleistungen, insbesondere der EU-Länder. Vor diesem Hintergrund wurde mit der Regierung vereinbart, die zukünftigen Bemühungen bei der Zusammenarbeit mit der EU auf zwei wesentliche Aspekte, (i) den sozialen und räumlichen Zusammenhalt und (ii) die Innovation, die Forschung und die wirtschaftliche Entwicklung zu konzentrieren. Übergreifende Priorität haben die stärkere regionale Integration (Mercosur) und – nach Abschluss der Verhandlungen – die Umsetzung des Assoziierungsabkommens (AA) des Mercosur mit der EU.

Insgesamt sind für die Zusammenarbeit im Rahmen des mehrjährigen Nationalen Richtprogramms (NRP) im Zeitraum 2007-2013 in Uruguay auf Grundlage des EU-Finanzinstruments zur Entwicklungszusammenarbeit 31 Mio. EUR eingeplant. Die NRP-Mittel verteilen sich folgendermaßen auf die beiden Schwerpunktbereiche: 18,5 Mio. EUR fließen in den Bereich „Sozialer und räumlicher Zusammenhalt“ und 12,5 Mio. EUR in

¹ UNDP-Indikator für menschliche Entwicklung 2006: Argentinien 36, Uruguay 43, Brasilien 69 und Paraguay 91. In den vergangenen Jahren musste Uruguay den zweiten Platz in der Region hinter Argentinien an Barbados und Chile abgeben.

den Bereich „Innovation, Forschung und wirtschaftliche Entwicklung“. Ergänzend dazu können Gelder für Teilgebiete (Mercosur), Regionen wie Lateinamerika und Themenprogramme bereitgestellt werden.

1. ZIELE UND RAHMEN DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT MIT DER REPUBLIK URUGUAY

Die europäische Entwicklungszusammenarbeit stützt sich auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag), insbesondere auf die in Artikel 177 genannten Ziele: (i) die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer, (ii) die harmonische, schrittweise Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, (iii) die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern. Diese Maßnahmen ergänzen die Maßnahmen der Mitgliedstaaten und stehen im Einklang mit der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft. Die Politik der Gemeinschaft in diesem Bereich trägt dazu bei, das allgemeine Ziel der Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie das Ziel der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu erreichen.

Grundlegendes **Rechts- und Finanzinstrument** für die Zusammenarbeit der EU mit Uruguay im Zeitraum 2007-2013 ist die Verordnung Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit auf Grundlage von Artikel 179 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Auf dieser Rechtsgrundlage beruht die neue gemeinsame Erklärung des Rates der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union, die im Dezember 2005 mit dem Titel „*Der europäische Konsens über die Entwicklungspolitik*“ angenommen wurde und die Millenniums-Entwicklungsziele und die Beseitigung der Armut im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung in den Mittelpunkt stellt. Diese Politik richtet sich an alle Entwicklungsländer. In der Erklärung wird partnerschaftlichen Beziehungen mit den Entwicklungsländern, der Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Menschenrechte und der Demokratie vor dem Hintergrund einer gerechten Globalisierung große Bedeutung beigemessen. So werden je nach Voraussetzungen und Bedürfnissen differenzierte Konzepte und ein einheitlicher thematischer Rahmen vorgeschlagen, der sich bezüglich der Prioritäten der europäischen Zusammenarbeit u. a. auf den sozialen Zusammenhalt, die Beschäftigung, die Arbeitsbedingungen, den Handel und die regionale Integration bezieht.

Gipfeltreffen der Europäischen Union mit Ländern Lateinamerikas und der Karibik: Auf den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Länder Lateinamerikas und der Karibik werden, wie auf dem letzten Gipfeltreffen im Mai 2006 in Wien (Österreich), für beide Regionen verbindliche Verpflichtungen vereinbart. Auf diesem Treffen bekräftigten die 60 Teilnehmerländer ihre gemeinsamen Werte und Interessen und betonten ihre Entschlossenheit zu gemeinsamem Handeln in diesem multilateralen Rahmen. Sie haben ferner ihre Bekenntnis bekräftigt, den sozialen Zusammenhalt und die Förderung der regionalen Integration zu stärken.

Mit Blick auf das nächste Gipfeltreffen zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik in Wien hat die Kommission am 9. Dezember 2005 eine neue Strategie zur Vertiefung der Zusammenarbeit und zum Ausbau der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik vorgelegt. In ihrer Mitteilung analysiert die Kommission die neuen Herausforderungen und legt konkrete Vorschläge vor, um der bestehenden Partnerschaft neuen Auftrieb zu verleihen. Hier geht es vor allem darum, den Dialog zu vertiefen und neue Möglichkeiten zu schaffen, um den

Frieden, die Stabilität und die Entwicklung zu stärken und damit die soziale Kohäsion, die Demokratie und die regionale Integration zu fördern. Die Kommission schlägt in diesem Sinne vor, den politischen Dialog zu intensivieren und an konkreten Vorgaben zu orientieren sowie die Auswahl der Themen von gemeinsamem Interesse auf solche zu begrenzen, die den Einfluss der beiden Regionen in der Welt erhöhen können.

Mercosur: Der Mercosur schloss 1995 das Interregionale Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, um die Beziehungen zwischen beiden Partnern zu intensivieren und die notwendigen Voraussetzungen für eine interregionale Partnerschaft zu schaffen. Das Abkommen ruht im Wesentlichen auf drei Säulen: dem politischen Dialog, der Entwicklungszusammenarbeit und dem Handel. Im Jahr 2002 wurde dann das Regionale Strategiepapier für den Mercosur (2002-2006) angenommen, das bis zum Jahr 2006 in Kraft ist und die 2001 vereinbarten Prioritäten wieder aufnimmt. Der Mercosur und die EU verhandeln seit 2000 auch über ein Assoziierungsabkommen (AA), das den Weg für eine Assoziierung ebnen soll, die über die Schaffung einer reinen Freihandelszone zwischen beiden Regionen weit hinausgeht.

Uruguay: Der **Rahmenvertrag über die Zusammenarbeit** zwischen der EU und Uruguay aus dem Jahr 1992 ersetzt das Handelsabkommen von 1973. Damit soll die Zusammenarbeit auf alle möglichen Gebiete ausgeweitet werden und insbesondere auch soziale und verwaltungstechnische Themen, die Gesundheits- und Lebensmittelversorgung, die Entwicklung des ländlichen Raums, die Umwelt, die Investitionsförderung und der Technologietransfer berücksichtigt werden. In diesem Abkommen ist auch die Förderung der regionalen Annäherung und der Integration innerhalb des Mercosur verankert. Das **Vereinbarungsprotokoll** zwischen der EU und Uruguay wurde am 29. März 2001 unterzeichnet und legt mehrjährige Zielvorgaben für die Zusammenarbeit mit der EU für den Zeitraum 2001-2006 fest. Das **Länderstrategiepapier (LSP) für den Zeitraum 2002-2006** für Uruguay wurde 2002 von der EU angenommen. Es umfasst u. a. das mehrjährige nationale Richtprogramm (NRP), in dem die Schwerpunktbereiche der Zusammenarbeit und die in der Vereinbarung von 2001 festgeschriebenen Finanzmittel für die Umsetzung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Uruguay festgelegt sind.

2. AKTUELLE POLITISCHE FRAGEN IN URUGUAY

2.1. Agenda der Regierung

Die neue Regierung Uruguays, die nach dem historischen Sieg der Mitte-Links-Koalition bei den allgemeinen Wahlen am 31. Oktober 2004 gebildet wurde, ist seit März 2005 im Amt. Im neuen Regierungsprogramm mit dem Titel „Eine Regierung des Wechsels – Der Übergang mit sozialer Verantwortung“ (*El Gobierno de cambio - La transición responsable*) sind in sechs Schwerpunktbereichen spezielle Maßnahmenprogramme aufgelegt worden: für ein demokratisches, soziales, wirtschaftlich leistungsfähiges, innovatives, demokratisches, integriertes und kulturelles Uruguay (vgl. Kurzübersicht des Programms in Anhang 6).

In seinem Vorschlag legt Präsident Vázquez das Hauptaugenmerk auf allmähliche Strukturveränderungen. Dieser Ansatz betont die strukturellen und sozialen Aspekte und bietet der EU damit die Möglichkeit, ein Kooperationsprogramm auf der Grundlage der Erklärung des Gipfeltreffens von Guadalajara zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik (im Mai 2004) zu entwickeln.

2.2. Durchführung der geplanten Aufgaben

Die Regierung hat ihre Anstrengungen seit Beginn ihrer Amtsübernahme auf die Umsetzung des nationalen Hilfsprogramms für soziale Notfälle (PANES) konzentriert. Im Mittelpunkt dieses Programms stehen die Bedürfnisse der Not leidenden oder von Armut bedrohten Bevölkerungsgruppen, deren Umfang auf 200 000 Menschen, also auf etwa 6 % der Gesamtbevölkerung geschätzt werden. Das PANES-Programm definiert sechs Prioritätsbereiche: (i) Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, (ii) grundlegende Gesundheitsfürsorge, (iii) Beihilfen zur Sicherung des Mindesteinkommens, (iv) Bildung in gefährdeten Gebieten, (v) befristete Beschäftigung und (vi) Wohnungspolitik.

Das Programm wurde am 1. April 2005 unter der Leitung des neu geschaffenen Ministeriums für soziale Entwicklung gestartet. Ferner wurde im Juli 2005 ein Sozialkabinett geschaffen, das die effiziente Umsetzung des PANES-Programms und die Koordinierung der sozialen Politikfelder gewährleisten soll und dem die Minister für Wirtschaft und Finanzen, Bildung und Kultur, Arbeit und Soziale Sicherung, Gesundheit, Wohnungswesen sowie Raumordnung und Umwelt unter dem Vorsitz des Ministers für soziale Entwicklung angehören.

In der Wirtschaftspolitik setzt die neue Regierung auf Kontinuität und verfolgt weiter eine Strategie zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Die ersten ergriffenen Maßnahmen sind viel versprechend und haben bei großen Teilen der Wirtschaft die Verunsicherung im Hinblick auf die mögliche Ausrichtung der Wirtschaft unter einer linksgerichteten Regierungskoalition, die das erste Mal an der Regierung ist, ausgeräumt. Der Minister für Wirtschaft und Finanzen, Astori, konnte sowohl seine Mitstreiter als auch die Skeptiker davon überzeugen, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung auf nachhaltigem Wachstum, gesamtwirtschaftlicher Stabilität und verantwortungsvoller Steuerpolitik aufbauen muss.

Die Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft ist ebenfalls eine klare Leitlinie der gegenwärtigen Regierung, die für einige ihrer auf öffentliche Dienstleistungen gerichteten Initiativen Partner in der Privatwirtschaft sucht.

Die neue Regierung sucht ferner den Dialog mit den internationalen Währungsinstitutionen (IFI) und wirbt um aktive Unterstützung bei der Ausarbeitung und Durchführung ihres Programms. So konnten seit Juni 2005, erst wenige Wochen nach dem Regierungswechsel, verschiedene Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank sowie eine vorläufige Vereinbarung mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) unterzeichnet werden, die dem Land eine Unterstützung im Umfang von 1,2 Mrd. USD für die nächsten fünf Jahre gewährt.

3. POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND UMWELTPOLITISCHE LAGE

3.1. Aktuelle politische Lage

Nach über zehn Jahren Militärdiktatur konnte 1985 die konstitutionelle Demokratie in Uruguay wiederhergestellt werden. Der Staatspräsident, der Vizepräsident und das nationale Parlament aus 31 Senatoren und 99 Abgeordneten werden in allgemeiner und direkter Wahl bestimmt. Wichtigste politische Kräfte sind die *Encuentro Progresista-Frente Amplio-Nueva Mayoría*, kurz *Frente Amplio* (FA), die *Partido Blanco* und *Partido Colorado*. Die beiden letzteren sind zur politischen Mitte und zum konservativen Spektrum zu rechnen, während es sich bei der erstgenannten Partei um eine Mitte-Links-Koalition handelt.

In der Geschichte Uruguays lenkten die Parteien *Blanco* und *Colorado* abwechselnd die Geschicke des Landes. Bei den letzten allgemeinen Wahlen im Oktober 2004 gewann aber der Präsidentschaftskandidat der *Frente Amplio*, Tabaré Vázquez, im ersten Wahlgang. Seine Koalition errang die absolute Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments. Die Linkskoalition übernimmt die Regierung in der Legislaturperiode 2005 - 2010 und kann sich auf eine breite Mehrheit im Parlament² stützen, um ihr Programm eines politischen Wechsels umzusetzen. Der überwältigende Erfolg der gemäßigten Linken ermöglicht dem Land einen politischen Neubeginn, da die beiden traditionellen Mitte-Rechts-Parteien zum ersten Mal in der Geschichte abgewählt wurden.

Auch bei den Departementswahlen im Mai 2005 setzte sich die Linkskoalition wie bei den Parlamentswahlen durch. Diese politische Kraft gewann die Wahl in acht der 19 Verwaltungsbezirke des Landes, insbesondere in den bevölkerungsreichsten und mit einem hohen Beitrag zum BIP, so u. a. auch in Montevideo. Die *Partido Nacional* hat in zehn Verwaltungsbezirken gewonnen, aber die *Partido Colorado* nur in einem einzigen.

Innenpolitisch findet Staatspräsident Vázquez breite Unterstützung sowohl auf Parlaments- und Departementsebene als auch in der Öffentlichkeit. Angesichts der Verunsicherung, die durch Regierungsübernahme durch eine Linkspartei 20 Jahre nach Ende der Militärdiktatur entstand, konnte Vázquez deutlich machen, dass seine Regierung die „Regierung aller Uruguayer“ ist und den Rechtsstaat stärken wird. Darüber hinaus hat er persönlich über die Fortschritte berichtet, die bei der Aufklärung von Verstößen gegen die Menschenrechte in den Jahren der Militärdiktatur erzielt wurden. So haben die Nachforschungen über den Verbleib der sterblichen Überreste ehemaliger Gefangener und *Vermisster* in diesem Zeitraum oberste Priorität. Es sei darauf verwiesen, dass die Regierung bei dieser Aufgabe von den ranghöchsten Offizieren der Streitkräfte unterstützt wird.

Bis Mitte 2006 galt das Hauptaugenmerk der uruguayischen Politik auf internationaler Ebene dem Mercosur. Vázquez selbst erklärte zu Beginn seiner Amtszeit, sein oberstes Ziel sei „ein größerer und besserer Mercosur“. Uruguay unternahm infolgedessen große Anstrengungen, um die Partnerschaft institutionell zu stärken, den Beitritt Venezuelas zu fördern, den Freihandel voranzubringen (Abschaffung der Doppelbesteuerung) und ein gemeinsames Mercosur-Parlament sowie Strukturfonds zu schaffen. Bei zunehmender Erkenntnis der Grenzen und Schwierigkeiten des Mercosur (z. B. interne Probleme mit der Konsolidierung des Mercosur-Besitzstands, bilaterale Vereinbarungen zwischen den Partnern, ins Stocken geratene Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU) kamen Montevideo jedoch Zweifel am Sinn dieser Priorität. Hinzu kamen bilaterale Spannungen, wie z. B. der Streit mit Argentinien über die Ansiedlung von zwei Zellstoff-fabriken und die Schwierigkeiten in der WTO beim Abschluss der Doha-Runde. All dies veranlasste die Regierung von Tabaré Vázquez, das Terrain für neue Handelsbeziehungen, insbesondere ein mögliches Freihandelsabkommen mit den USA, zu sondieren. Da diese Möglichkeit jedoch innerhalb der Regierungskoalition (FA) politisch umstritten und im Rahmen des Mercosur in seiner derzeitigen Form außerdem rechtlich problematisch war, kam letztendlich nur ein auf Handel und Investitionen beschränktes Abkommen (*Trade and Investment Framework Agreement*) zustande.

² Die Abgeordnetenkammer hat folgende Sitzverteilung: *Frente Amplio* 52 Sitze, *Partido Nacional* 36 Sitze, *Partido Colorado* 10 Sitze und *Partido Independiente* 1 Sitz. Dem Senat gehören 17 Senatoren der *Frente Amplio*, 11 Senatoren der *Partido Nacional* und 3 Senatoren der *Partido Colorado* an.

3.2. Wirtschaftliche Herausforderungen

Nach Jahrzehnten des Wohlstands bis in die 1960-er Jahre, der auf einer landwirtschaftlich geprägten, exportorientierten Wirtschaft beruhte und den umfangreichen öffentlichen Bereich und mit Europa vergleichbare Sozialleistungen sicherte, geriet die Wirtschaft des Landes in eine lange Phase der Stagnation. Parallel zur geringen wirtschaftlichen Dynamik ergaben sich Ungleichgewichte bei den Steuereinnahmen, eine unausgeglichene Handelsbilanz und eine zunehmende Auslandsverschuldung in den 1990-er Jahren.

Der stärkste Rückgang der Wirtschaftstätigkeit war zwischen 1999 und 2002 nach der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Region zu verzeichnen. Das BIP sank in diesem Zeitraum real um 18 %, und die Investitionsrate ging von 16,5 % (des BIP) im Jahr 1998 auf 9,8 % im Jahr 2002 zurück. Die deutliche Abwertung der Staatswährung gegenüber dem Dollar im Jahr 2002, die erfolgreiche Ausgabe von Staatsanleihen im Mai 2003 und steuerpolitische Strukturanpassungen, die im Wesentlichen eine Anhebung der Steuern zur Folge hatten, trugen zur Wiederbelebung der Wirtschaft in den letzten drei Jahren und zu einem Wachstum von insgesamt 21 % im Zeitraum 2003-2005 bei. Angesichts der Konjunkturbelebung und des Wertverlusts des Dollar wird das Bruttoinlandsprodukt laut Angaben der Weltbank für 2005 auf 4 360 USD pro Kopf geschätzt.

Trotz Konjunkturaufschwung wirkt die Krise immer noch stark nach: 12 % der erwerbstätigen Bevölkerung sind arbeitslos, und Schätzungen zufolge leben knapp 30 % der Einwohner unterhalb der Armutsgrenze und 50 % aller Kinder in Armut. Darüber hinaus leben derzeit etwa 15 % der Uruguayer aus wirtschaftlichen Gründen im Ausland.

Wie vom IWF bestätigt, stehen die Aussichten für die Wirtschaft des Landes gut. Das relativ günstige Umfeld dürfte trotz der hohen Ölpreise 2006 zu einem realen Wirtschaftswachstum von 4,6 % des BIP und 2007 von 4 % führen, ferner zum Rückgang der Arbeitslosigkeit und zum Anstieg des durchschnittlichen Reallohns. Die Inflationsrate wird nur noch einstellig wachsen. Darüber hinaus wird eine weitere Steigerung der Exporte (8,5 % im Jahr 2006) und ein geringes Handelsbilanzdefizit erwartet. Dieses Szenario setzt einen hohen Anstieg der öffentlichen und privaten Investitionen und die Erholung der Kreditaufnahme im Inland voraus, die infolge der Finanzkrise (Schließung von vier Banken 2002) und der geringen Umsätze der Unternehmen gesunken war, die aufgrund des Nachfragerückgangs zumeist keine Kredite mehr aufnehmen konnten. In den vergangenen Jahren flossen im Durchschnitt gerade mal 1 % der Auslandsinvestitionen des Mercosur und nur 0,5 % der Auslandsinvestitionen Lateinamerikas in die Republik Uruguay. Von den beiden Papierfabriken am Uruguay-Fluss einmal abgesehen, die mit 1,7 Mrd. USD 10 % des uruguayischen BIP ausmachen, liegt der Anteil direkter Auslandsinvestitionen nur bei 2,5 % des BIP.

Der Staatshaushalt ist wegen der hohen Auslandsverschuldung (68 % des BIP Ende 2005) weiterhin stark belastet. Die Regierung hat sich zu einer soliden Finanzpolitik verpflichtet und plant für 2005-2007 einen Primärüberschuss von ca. 3,5 % und eine Senkung der Verschuldungsquote bis 2009 auf 60 % des BIP. Andererseits stellt auch die interne Verschuldung ein ernsthaftes Problem dar, da sich mit Abwertung der Währung 2002 die Zahlungsfähigkeit der Industrie und der in US-Dollar verschuldeten Familien verschlechtert hat.

Der Regierung ist es jedoch gelungen, Staatsanleihen auszugeben, die die Staatsausgaben in den nächsten Jahren decken werden. Ein großer Teil dieser Anleihen wurde in EUR auf dem europäischen Markt aufgelegt.

Neben der Haushaltssanierung, der volkswirtschaftlichen Stabilität und der Effizienzsteigerung der Verwaltung sind die Entwicklung und die Steuerung geeigneter Wachstumsanreize weitere Herausforderungen für die Wirtschaft des Landes. Dazu gehören u. a.:

- Wiederherstellung einer hohen Investitionsrate im gesamten Land, um den besorgniserregenden Trend des vergangenen Jahrzehnts bei öffentlichen und privaten, ausländischen und inländischen Investitionen umzukehren.
- Produktivitätssteigerung des Landes durch Nutzung seiner Wettbewerbsvorteile und Stärkung der Innovationsfähigkeit. So können mehr direkte Auslandsinvestitionen angezogen (derzeit mit auf dem niedrigsten Stand in Lateinamerika) und die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen intensiviert werden.
- Wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landesinneren, da vor allem der ländliche Raum stagniert. So kann außerdem der zunehmenden Abwanderung in die Hauptstadt entgegengewirkt werden.
- Konsolidierung eines effizienten Banksystems und Steigerung der Verfügbarkeit von Krediten, um durch entsprechende Anreize die Initiativen von Unternehmen und Privatinvestitionen zu fördern und den Kapitalmarkt zu entwickeln, die beide derzeit ihr Potenzial noch nicht ausgeschöpft haben.
- Steigerung der Investitionen in Wissenschaft und Technologie auf 1 % des BIP, die gegenwärtig nur 0,3% des BIP ausmachen und von den Unternehmen abgekoppelt sind. Dadurch wird der Zugang der Unternehmen zu Innovationen, insbesondere für die KMU, erschwert.
- Weitere Öffnung gegenüber den Ländern des Mercosur und der übrigen Welt durch Aufbau alternativer Ausfuhrangebote, die über die traditionellen Exporte wie Agrarerzeugnisse und Tierprodukte hinausgehen.

Bei den sektoriellen Prioritäten konzentriert sich die Regierung auf die technologische Innovation und hat bereits ein Ministerium für Innovation geschaffen, um einen nationalen Strategieplan zur Innovationsförderung zu entwickeln. Hauptziel dieses Plans ist der Ausbau der Kapazitäten für Innovationen und Know-how in Uruguay und ihre wirksame Verknüpfung mit den realen und potenziellen Bedürfnissen des Landes.

Laut UNDP-Indikator für Technologieentwicklung³ gehört Uruguay zurzeit nicht zu den innovativsten Ländern, die über das notwendige Potenzial und die erforderlichen Möglichkeiten für technologische Fortschritte und für die Belegung eines wettbewerbsfreudigeren Produktionsprozesses verfügen. Die uruguayische Wirtschaft kann aber auf gute Ausgangsvoraussetzungen für ein Wirtschaftswachstum verweisen, und zwar auf⁴:

- innovationsfreudige Universitäten

³ Im Jahr 2001 belegte Uruguay den 38. Platz (von 72) und gilt damit als „dynamischer Partner“. Laut Indikator für die Vorbereitung von Netzwerken (Internationales Wirtschaftsforum) rangierte Uruguay 2004 an 64. Stelle von 100.

⁴ Bericht über die menschliche Entwicklung 2005: „Uruguay auf dem Weg zur wissensbasierten Entwicklung des Landes“.

- eine kritische Masse an Unternehmen und Institutionen zur Erarbeitung und Vermittlung von Wissen
- ein Technologie- und Innovationsangebot in allen Teilen des Landes
- eine große Zahl aktiver und engagierter Forscher im Bereich der Wissenschafts- und Technologieentwicklung
- gut ausgebildetes Personal für den technologischen Wandel
- nahezu durchgängige Bildung auf Hochschulniveau, trotz der Betonung des freien Unternehmertums.

Wirtschaftsstruktur: Da das Land nur dünn besiedelt und sein Binnenmarkt daher begrenzt ist, sind der Außenhandel und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen von besonderer Bedeutung. Das Land verfügt über Wettbewerbsvorteile in der Landwirtschaft sowie in der agro-industriellen Produktion, im Forstwesen und im Dienstleistungssektor. Im Jahr 2004 waren 77 % der Ausfuhren landwirtschaftliche Erzeugnisse, Nahrungsmittel und wenig bearbeitete Waren. Fleisch machte 22 % der Gesamtausfuhren, Leder 10 %, Getreide 9 % und Wolle 4 % aus. Die Warenausfuhr nimmt mit 22 % des BIP einen wichtigen Platz in der Wirtschaft des Landes ein. Seit der Krise im Jahr 2002 sieht die Verteilung der Ausfuhren nach Regionen ganz anders aus. 1998 gingen 55 % der Exporte in den Mercosur. Dieser Anteil hat sich jedoch spürbar verringert und erreichte 2004 nur noch 24 %. Diese Daten machen die strategische Bedeutung des interregionalen Handels für die Republik Uruguay deutlich. Auch die Europäische Union ist ein wichtiger Markt für das Land, insbesondere für die Erzeugnisse aus der Landwirtschaft und der Viehzucht. Ein Viertel aller Ausfuhren des Landes gehen in die Europäische Union und ein weiteres Viertel in die NAFTA-Unterzeichnerstaaten. Als Mitglied der Cairns-Gruppe und der G-20 vertritt Uruguay seine Interessen als Agrarexportland aktiv im Rahmen der WTO.

3.3. Soziale, demografische und territoriale Herausforderungen

Uruguay belegt gemessen am UN-Indikator für menschliche Entwicklung den 46. Platz. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass der soziale Zusammenhalt, der in der Vergangenheit immer über dem lateinamerikanischen Durchschnitt lag, aus unterschiedlichen Gründen nachgelassen und im Zeitraum 1999-2002 bisher nie gekannte Tiefstwerte erreicht hat. Armut und Ungleichheit in Uruguay haben zugenommen, diese Entwicklung hatte aber bereits vor der schweren Krise von 2002 eingesetzt und hält seitdem weiter an. Das Land ist daher von struktureller Armut, die man bereits überwunden glaubte, betroffen.

Aus diesen Gründen hat sich die Armut in Uruguay trotz der sehr umfangreichen sozialen Sicherungssysteme in den letzten Jahren verdoppelt. So ist der Anteil der armen Bevölkerung nach den Angaben des staatlichen Statistikamtes (INE) von 17,8 % im Jahr 2000 auf 32,1 % im Jahr 2004 angestiegen. Dabei sind vor allem Jugendliche betroffen: 54 % der Kinder unter 6 Jahren, 52 % der Kinder zwischen 6 und 12 sowie 43 % der Jugendlichen zwischen 13 und 17 Jahren wohnen in armen Familien; demgegenüber leben „nur“ 10 % der über 65-Jährigen in vergleichbarer Bedürftigkeit.

Mit der Wirtschaftskrise 1999-2002 wurden die Schwierigkeiten eines stark belasteten Haushalts bei der Finanzierung öffentlicher Sozialprogramme offen sichtbar, obwohl man bereits Maßnahmen ergriffen hatte, um Kürzungen bei wichtigen Kernprogrammen zu vermeiden. Ferner traten Versorgungslücken bei der Deckung dieser Programme zu Tage,

die teilweise nicht auf die tatsächlichen sozialen Bedürfnissen in Uruguay zugeschnitten waren. Zur Einkommensverteilung nach der Krise liegen noch keine aktuellen Angaben über den GINI-Koeffizienten vor, der im Jahr 2000 bei 0,45 lag.

Bei der Untersuchung der Ergebnisse der finanziellen Anstrengungen, die Uruguay zur Deckung seiner Sozialausgaben unternommen hat, wird deutlich, dass die Effizienz und die messbare Qualität deutlich verbessert werden müssen. Das Land gibt einen beträchtlichen Teil der öffentlichen Gelder für Sozialleistungen aus (23 % des BIP); dieser Aufwand ist mit dem Großbritanniens oder Spaniens vergleichbar und wird in Lateinamerika nur noch von Panama übertroffen. Nach dem für die Jahre 2005-2009 genehmigten Haushaltsplan zu urteilen, dürften die Sozialausgaben in den nächsten Jahren ein ähnliches Niveau erreichen.

Der Hauptanteil dieser Sozialausgaben entfällt aber auf die beiden Bereiche Renten und Gesundheitsversorgung. Da auch die Ausgaben für die Gesundheitsdienste zumeist älteren Bevölkerungsschichten zu Gute kommen, werden die Sozialausgaben insgesamt aus demografischer Sicht durch eine alternde Bevölkerung bestimmt. Zwischen 2000 und 2004 wurden im Durchschnitt etwa 18 % des BIP pro Jahr für die Renten aufgebracht, weswegen die Staatsausgaben für andere soziale Hilfsprogramme, insbesondere das Arbeitslosengeld und die Geld- oder Sachleistungen für die Ärmsten, gekürzt wurden. Mit Ausnahme des Renten- und Gesundheitsbereichs liegen die Staatsausgaben für andere Sozialleistungen, darunter auch das Schulwesen, unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt.

Die größte Herausforderung der Regierung im Sozialbereich sind die zunehmend stärker ausgeprägten Unterschiede zwischen wohlhabenden und armen Uruguayern, die abgebaut werden müssen, um den sozialen Zusammenhalt wieder herzustellen. Hierzu sind ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, eine bessere Umverteilung der Einkommen und ein leistungsfähigeres soziales Netz unumgänglich.

Millenniums-Entwicklungsziele: Im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele (siehe Anhang 2) konnte Uruguay im vergangenen Jahrzehnt Fortschritte erzielen. Das Land hat insbesondere in den Bereichen Bildung, Gleichstellung der Geschlechter und bei der Kinder- und Müttersterblichkeit Erfolge aufzuweisen. Beim Ziel einer Verringerung der Einkommensarmut, wonach die Anzahl der Menschen, die mit weniger als 1 USD pro Tag auskommen müssen, halbiert werden sollte, trat jedoch während der Krise eine Stagnation ein, und zugleich ließen die amtlichen Statistiken eine weitere Zunahme der Armut erkennen. In dem Maße, wie sich das Wirtschaftswachstum festigt, ist jedoch ein Rückgang der Armut zu erwarten. Allerdings wird das Niveau vor der Krise wahrscheinlich erst nach mehreren Jahren intensiver wirtschaftlicher Anstrengungen zusammen mit einer Verbesserung der Sozialpolitik erreicht werden. Bei der Wasserversorgung konnte das Ziel einer nachhaltigen Umweltpolitik verwirklicht werden, nicht jedoch beim allgemeinen Abwassersystem. So verfügt mehr als ein Drittel der städtischen Haushalte nicht über einen richtigen Abwasseranschluss. Um das für 2015 gesteckte Ziel zu erreichen, muss dieser Anteil auf ein Fünftel der derzeitigen Zahl gesenkt werden.

Gesundheit: Uruguay erreicht in diesem Bereich relativ gute Werte. Die Müttersterblichkeitsrate liegt bei 26 zu 100 000 Geburten (Brasilien 75 und Argentinien 46). Die Kindersterblichkeit ist die niedrigste im gesamten Mercosur-Raum (12:1000 in Uruguay,

33 in Brasilien, 25 in Paraguay und 17 in Argentinien). VIH Aids wiederum ist kaum⁵ verbreitet, und die medizinische Versorgung funktioniert gut. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen steht nahezu allen offen, die Leistungen weisen aber erhebliche Mängel auf. Ein Teil der Ausgaben verschwindet in einer komplexen institutionellen Struktur mit sich überschneidenden Zuständigkeiten. Die starke Zersplitterung des Systems verursacht hohe Kosten und schwächt die Qualität der Leistungen. Um die finanziellen Belastungen durch das System zu verringern, plant die Regierung die Einführung eines neuen Systems mit einem gleichberechtigten Zugang zu den Diensten für alle, mit einer besseren medizinischen Versorgung und einer besseren Finanzverwaltung.

Bildungswesen: Trotz einer Verringerung der Ausgaben (zwischen 3 und 4 % des BIP) konnten im Bildungsbereich recht gute Ergebnisse erzielt werden: Das gesamte Land ist sozusagen alphabetisiert, und die Grundschulbildung ist für alle, auch für die Ärmsten, zugänglich. Das Land muss jedoch seine Leistungen im Sekundarbereich verbessern, wenn es in Richtung einer wissensbasierten Wirtschaft voranschreiten möchte. Nach den Daten des Weltbevölkerungsberichts, der Ende 2005 vom UN-Bevölkerungsfonds erstellt wurde, ist Uruguay unter den Ländern des Mercosur dasjenige mit dem höchsten Anteil an Schülern, die die fünfte Klasse der Grundschule erfolgreich abschließen (siehe Anhang 1). Das größte Problem im Bildungsbereich stellt jedoch der hohe Anteil an Schulabbrechern in weiterführenden Schulen dar. 90 % der Grundschulabsolventen nehmen zwar ihre Ausbildung in Sekundarschulen auf, aber nur 50 % verlassen diese mit einem Abschluss. Die Schulabbrecherquote ist in einkommensschwachen Haushalten und in ländlichen Gebieten besonders hoch. Die Berufsschulbildung in Uruguay ist besonders problematisch, da diese nach weit verbreiteter Auffassung ein Sammelbecken für leistungsschwächere Schüler ist. Gegenwärtig setzen 80 % der Grundschulabgänger ihre Ausbildung in traditionellen Sekundarschulen (Gymnasium) fort und lediglich 20 % entscheiden sich für eine Fachschul- oder Berufsausbildung. Der Zugang zum Hochschulstudium ist noch begrenzter als der zur Grund- und Sekundarschule. Ferner kommen die meisten Universitätsstudenten aus Familien mit mittlerem oder höherem Einkommen, was eine gerechte Verteilung der Staatsausgaben für die Ausbildung auf dieser Ebene in Frage stellt.

Demografische Herausforderungen und territoriale Gefälle: Bezogen auf Lateinamerika weist Uruguay deutliche Unterschiede in der Bevölkerungsgliederung auf. Die Bevölkerungsstruktur der Gesellschaft und die Alterspyramide ähneln denen europäischer Länder mit einer relativ niedrigen Geburtenrate (2,3 Kinder je Frau) und einem hohen Anteil an Menschen über 65 Jahre (13,1 % im Jahr 2001)⁶. Uruguay ist hinsichtlich der Siedlungsstruktur überwiegend städtisch geprägt, da sich 40 % der Bevölkerung in der Hauptstadt und die restlichen 60 % an der übrigen Küste (Atlantik und Fluss Uruguay) ballen. Die Regionen im Landesinneren sind fast unbewohnt. In den Randgebieten ist die Bedürftigkeit sehr hoch, und die Versorgung mit grundlegenden Sozial- und Gesundheitsleistungen oft nicht gesichert. Das Pro-Kopf-BIP in den einzelnen Verwaltungsbezirken ist sehr unterschiedlich. Der Landesdurchschnitt beträgt 3 300 USD, während in Montevideo für den Zeitraum 2001 - 2003⁷ 5 396 USD und für Artigas, Cerro Largo, Rivera und Salto nicht einmal 3 000 USD pro Kopf erreicht wurden. Diese räumlich ungleiche Verteilung hemmt die Aussichten auf eine harmonische Entwicklung

⁵ Anfang 2006 lebten laut Schätzungen von UN-AIDS 9 600 VIH-positive Menschen in Uruguay.

⁶ Die Geburtenrate in Uruguay ist im Vergleich zum regionalen Durchschnitt nicht auffällig niedrig; sie entspricht in etwa den Werten in Brasilien und Argentinien. Bemerkenswert ist der deutlich rückläufige Trend des Bevölkerungswachstums im Vergleich zu den anderen Ländern, der auch den hohen Anteil von Rentnern an der Bevölkerung erklärt.

⁷ „Einflüsse der Regionalisierung auf die lokale Entwicklung in Uruguay“ AECI, BPB, Mai 2005.

des Landes.

3.4. Bewertung des Reformprozesses

Die im Regierungsprogramm angedeuteten und in der Vereinbarung mit dem IWF und im Staatshaushalt festgeschriebenen Reformen zeigen die feste Entschlossenheit der neuen Amtsinhaber zur Erneuerung des Landes. Trotz der Einsparungen im Haushalt und getreu ihrem Engagement im Sozialbereich plant die Regierung eine Neuausrichtung der Ausgaben und hat das so genannte PANES-Programm mit Mitteln in Höhe von 0,5 % des BIP (100 Mio. USD jährlich für die Dauer von 2 Jahren) ausgestattet.

Bei der Analyse der Ergebnisse der Sozialausgaben und anderer Indikatoren war ein regionales Gefälle festzustellen, das eine Bewertung der Reformen erschweren. Diese Unterschiede können dank der vom INE unternommenen Anstrengungen zur Entwicklung der regionalen Haushalte und anderer Indikatoren für territoriale Ungleichheiten in Zukunft genauer erfasst werden.

3.5. Querschnittsthemen

Die Querschnittsthemen gründen sich auf gemeinsame Werte der EU und Lateinamerikas, wie den Schutz der Menschenrechte, demokratische Grundsätze, Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter, Umweltschutz und die Nutzung der Vorteile neuer Technologien. Die vorbildlichen Praktiken des Landes im Bereich der Menschenrechte und der Konfliktprävention sind allgemein anerkannt. Uruguay ist ferner ein Land, das für die hohe Qualität seiner Umwelt und für seine fortschrittlichen Traditionen bei der Gleichstellung der Geschlechter berühmt ist.

3.5.1. Demokratie und Menschenrechte

Die Europäische Union hat sich u. a. in ihren Außenbeziehungen der Förderung ihrer Grundwerte verschrieben. Dazu gehören die Demokratie und der Schutz der Menschenrechte, wobei Uruguay, ein Land mit langer demokratischer Tradition, die Wertvorstellungen der EU teilt. In Uruguay wurde die Demokratie nach zwölfjähriger Militärherrschaft im März 1985 wieder hergestellt und die derzeitige Regierung engagiert sich für die Konsolidierung und Intensivierung dieses Prozesses. Der Schutz der Menschenrechte ist eines der Grundrechte im modernen Uruguay, so dass Uruguay folglich nicht zu jenen Ländern gehört, die in dieser Hinsicht Anlass zur Besorgnis geben. Die Hauptsorge gilt dem Schicksal der während der Militärdiktatur Verhafteten und Vermissten. Nach 20 Jahren Demokratie ist allerdings noch kein einziger Militär für Folter oder Mord an Regimegegnern verurteilt worden. Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist das Gesetz über die Verjährung, das 1986 angenommen und 1989 per Volksabstimmung ratifiziert wurde. Mit diesem Gesetz wurden die Verfahren gegen Militärs und Polizisten wegen Verletzung der Menschenrechte während der Diktatur eingestellt. Die neue Regierung hat sich jedoch verpflichtet, diese Thematik im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten erneut zu überprüfen, und im Juli 2005 entsprechende Untersuchungen eingeleitet.

3.5.2. Gleichstellung der Geschlechter

Uruguay genießt auf sozialer Ebene den Ruf einer fortschrittlichen Gesellschaft. Frauen werden auf dem Arbeitsmarkt jedoch weiterhin benachteiligt. Der Unterschied zwischen Frauen und Männern bei den Gehältern und beim Zugang zum Arbeitsmarkt konnte in den 1990-er Jahren erheblich verringert werden. Die Gehaltsunterschiede bei Frauen und Männern für gleiche Arbeit sind jedoch bei Bevölkerungsgruppen mit hohem Bildungsniveau immer noch erheblich. Auch haben unabhängig vom Bildungsniveau weniger Frauen eine Arbeitslosenversicherung als Männer.

3.5.3. Zustand der Umwelt

Für die EU ist der verantwortungsvolle Umgang mit der Umwelt eine der Grundvoraussetzungen für Wirtschaftsbeziehungen und für die Zusammenarbeit mit der übrigen Welt. Gemessen am Umweltgüte-Index (ESI) belegt Uruguay unter 146 Ländern den 3. Platz. Diese Rangliste wird von der Universität Yale auf der Grundlage von Daten des Weltwirtschaftsforums erstellt. Uruguay erreicht von allen Ländern Lateinamerikas die beste Platzierung. Die relative soziale und politische Stabilität in der Region hat zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Umweltpolitik auf mittel- und langfristige Sicht beigetragen. Dieser Umstand und der begrenzte Einfluss der Industrie waren für die Einstufung Uruguays als Land mit großem Potential bei der nachhaltigen Entwicklung im Umweltbereich maßgebend. Der Umwelt- und Naturschutz in Uruguay wird durch das Umweltgesetz Nr. 16.466 vom Januar 1994 geregelt. Dieses Gesetz stellt mit seinen Normen die Rahmenvorgaben für alle Bereiche dar, von denen Belastungen für die Umwelt ausgehen könnten. Wie aus den vorliegenden Unterlagen hervorgeht, steht das Land in diesem Bereich nicht vor ernsthaften Problemen (siehe Kurzfassung des Umweltzustandsberichts in Anhang 7). Dieser Bericht wurde veröffentlicht, bevor es – vor allem in Argentinien – zu der Polemik über das Verschmutzungspotenzial der beiden großen Zellstofffabriken kam, die auf uruguayischer Seite des Grenzflusses Uruguay geplant sind. Diese Befürchtungen wurden jedoch in einem Bericht, den die Internationale Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank in Auftrag gegeben hatte, weitgehend zerstreut. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag, den die argentinische Regierung angerufen hatte, um den Bau der Fabriken zu verhindern, lehnte am 13. Juli 2006 den Antrag auf Verhängung eines Baustopps mit der Begründung ab, die Fabriken stellten keine unmittelbare Gefahr für die Umwelt dar. Allerdings hat die spanische Firmenleitung, *Ence*, bei einer der zwei geplanten Fabriken beschlossen, den zukünftigen Produktionsstandort in eine andere Region Uruguays zu verlegen. Die Ufersanierung am Río Uruguay bei der mit finnischem Kapital (*Botnia*) betriebenen Fabrik kommt ihrerseits gut voran.

4. ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART – RELEVANZ, KOHÄRENZ UND KOORDINIERUNG

Nach den neuesten Daten des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe für den Zeitraum 2001-2003 belief sich die staatliche Entwicklungshilfe für Uruguay 2003 auf genau 17 Mio. USD, d.h. 0,2 % des BIP im fraglichen Jahr. Die Mittel stammen zu 75 % aus bilateralen Quellen: Spanien ist mit durchschnittlich 6 Mio. USD jährlich das wichtigste Geberland, gefolgt von Japan mit 5 Mio. USD und der EU mit 4 Mio. USD pro Jahr. Der bescheidende Umfang der Hilfe erklärt sich teilweise dadurch, dass Uruguay bisher als durchschnittlich entwickeltes Land galt und über einen stabileres volkswirtschaftliches Umfeld als andere verfügte. Es sei jedoch erwähnt, dass das Land keine besonders hohen Zuwendungen erhielt und auch das für die Steuerung und Verteilung der verfügbaren öffentlichen Entwicklungshilfe erforderliche Know-how nicht in vollem Umfang aufbauen konnte. An dieser Stelle sei nochmals auf die entscheidende Rolle der internationalen Währungsinstitutionen (IWF, IDB und Weltbank) verwiesen, die sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zum BIP Uruguays beträchtliche Mittel investiert haben (siehe Anhang 6). Dafür ausschlaggebend waren nicht nur die Bedürfnisse des Landes, sondern auch die Zuverlässigkeit, die das Land beim Einsatz der von diesen Institutionen bereitgestellten Mittel bewies.

4.1. Entwicklungshilfe der EU-Mitgliedstaaten und anderer Träger

Die Zusammenarbeit der EU in Uruguay folgt vereinbarungsgemäß den Prinzipien der Kohärenz, der Koordinierung und der Komplementarität mit Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten und anderer Geber. Auch im vorliegenden Strategiepapier werden diese Prinzipien bei der Auswahl der Maßnahmen zugrunde gelegt. In diesem Sinne wurden Beratungen durchgeführt und die Entwicklungshilfeprogramme der Mitgliedstaaten, der bilateralen Geber und der UN-Agenturen in einer vielleicht nicht vollständigen Liste zusammengestellt, auf der ebenfalls die Beiträge der internationalen Währungsinstitutionen aufgeführt sind (siehe Übersicht in Anhang 3 und 3a). Die bewusste Koordinierung mit den Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten hat mittlerweile zu konkreten Ergebnissen geführt, z. B. in Form der gemeinsamen Förderung von Stipendienprogrammen in den europäischen Ländern oder der Förderung des Ausbaus von Uruguays Kapazitäten in den Bereichen Forschung und technologische Innovation. Die Koordinierung mit den internationalen Organisationen, die weltweit, regional oder in bestimmten Sektoren tätig sind, erfolgt wiederum in Form eines ständigen Austauschs von Informationen über die einzelnen Maßnahmen und ihre Komplementarität.

4.2. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der EU

Mit dem Länderstrategiepapier 2002-2006 und dem Vereinbarungsprotokoll von 2001 wurden nicht rückzahlbare EU-Beihilfen in Höhe von 18,6 Mio. EUR für diesen Zeitraum bereitgestellt. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stehen die Wirtschaftsreform (8,4 Mio. EUR), der Umbau des Staates (6,85 Mio. EUR) und der soziale Bereich (3,35 Mio. EUR). Bis jetzt wurden alle für den vom Vereinbarungsprotokoll abgedeckten Zeitraum zugewiesenen Mittel in Anspruch genommen. Von den sieben geplanten Projekten ist eines bereits abgeschlossen, fünf befinden sich noch in der Durchführung und eines ist eben erst angelaufen (siehe Übersicht in Anhang 5a). Dies ist eine beachtliche Leistung.

Zur Bewertung der Maßnahmen der internationalen Entwicklungshilfe werden mindestens fünf allgemein anerkannte Kriterien herangezogen: Relevanz, Kohärenz, Wirksamkeit, Wirkung und Nachhaltigkeit. Bei den meisten der von der EU aus den Mitteln des Länderstrategiepapiers 2001-2006 finanzierten Maßnahmen können noch keine Aussagen über die Wirkung und die Nachhaltigkeit getroffen werden, da die ersten Projekte erst 2003 begonnen haben.

Hinsichtlich der Relevanz ihres Beitrags zur Entwicklung des Landes sowie zur Realisierung ihrer vorrangigen Ziele sind jedoch alle Maßnahmen positiv bewertet worden. Auch die Abstimmung auf die EU-Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit (vertikale Kohärenz) und die Maßnahmen anderer Träger, die im Land in denselben Bereichen tätig sind (horizontale Kohärenz), ist recht hoch. Was das Kriterium Projektsteuerung und die Verfahren bei der konkreten Zusammenarbeit (Wirksamkeit) betrifft, muss eingeräumt werden, dass bessere Leistungen möglich gewesen wären. Das uneinheitliche Ergebnis ist auf die noch unzureichenden Kapazitäten der Wirtschaftsteilnehmer bei der Umstellung auf die neuen Verfahren zurückzuführen, die seit dem Jahr 2003 für die Zusammenarbeit mit Drittländern gelten. Die Entflechtung bzw. Dezentralisierung hat sich insgesamt aber als das beste Vorgehen erwiesen, da damit die direkte Beziehung zwischen Gebern und Hilfsempfängern gefördert wird.

4.3. Weitere Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit der EU

Uruguay hat neben dem sehr wichtigen Bereich der bilateralen Zusammenarbeit auch Mittel aus anderen Instrumenten der europäischen Entwicklungshilfe erhalten. Hier wäre die intraregionale Entwicklungshilfe für den Mercosur zu nennen, die Uruguay durch die Ansiedlung von Projekten auf seinem Staatsgebiet und in anderen Ländern der Region in Anspruch nehmen kann, die für alle Beteiligten von Interesse sind. Dazu gehören ferner

die regionale Entwicklungshilfe für Lateinamerika (*Alban, Urbal, Alinvest u. a.*), die Mittel der thematischen Zusammenarbeit (Unterstützung der NRO) und Sonderprogramme wie Stipendien.

4.4. Bisherige Erfahrungen

Wie unter 4.6 weiter ausgeführt, konzentrierte sich die Zusammenarbeit zwischen der EU und Uruguay auf drei Hauptbereiche, wies aber Berührungspunkte mit zahlreichen anderen Projekten auf. In Uruguay werden mit der Durchführung von Projekten in der Regel positive Ergebnisse erzielt. Dies hat sich ebenfalls in den Berichten der externen Begleit- und Kontrollmissionen 2003 und 2004 niedergeschlagen. Die Berichte zeigen aber auch, dass das Engagement der Hilfeempfänger bei bestimmten Projekten nur gering war, insbesondere in den Zeiten der Wirtschaftskrise und der Probleme mit dem Staatshaushalt. Dies verursachte Verzögerungen bei der Durchführung und stellte diese teilweise in Frage. Auch entsprach die Formulierung einiger Projekte in der Vergangenheit nicht immer den Prioritäten der Regierung, was zu einem geringeren Interesse am Projekt führte. Bei diesen Problemen konnte inzwischen Abhilfe geschaffen werden.

Um bessere Ergebnisse, also eine bessere (Gesamt-)Wirkung mit Mitteln vergleichbarer Dimensionen zu erreichen, wird empfohlen, die Anzahl der Maßnahmen zu begrenzen und sich auf die vom Land selbst gesetzten Prioritäten zu konzentrieren, um die Transaktionskosten möglichst niedrig zu halten.

Der **sektorielle oder budgetäre Ansatz** bietet sich hier als Lösung an und ermöglicht außerdem Verbesserungen, die sich aus den Erfahrungen und Erkenntnissen der Projekte in Uruguay ergeben. Damit kann damit die Zusammenarbeit zwischen der EU und Uruguay noch effektiver gestaltet werden, sobald eine kritische Masse erreicht ist. Vor dem Hintergrund konsequenter Strategien und wirksamer Instrumente liegt der Vorteil dieser Konzepte in der direkten Bündelung der Finanzmittel für die Entwicklungshilfe mit den Mitteln des Staates, um die gewünschten Ergebnisse zu erreichen.

4.5. Untersuchungen zu kombinierten Strategien

Die wichtigsten Strategien der EU bei ihren Beziehungen mit Uruguay betreffen folgende Bereiche: Handel und Entwicklung, Landwirtschaft (Gemeinsame Agrarpolitik), Kontrolle der Pflanzen- und Tiergesundheit (Verbraucherschutz), Forschung und Entwicklung, Umwelt, Justiz und Inneres (Migration) sowie die Informationsgesellschaft. Die im vorliegenden Papier genannten Politikfelder stimmen mit den politischen Leitlinien der EG bzw. der EU überein. In diesem und auch in anderen Bereichen können - sobald der richtige Zeitpunkt da ist - Gespräche und ein Meinungs austausch aufgenommen werden. Daher sollen im Folgenden lediglich die wichtigsten Politikfelder in den Beziehungen der EU mit Uruguay herausgestellt werden.

4.5.1. Handelspolitik und Mercosur

Die EU-Handelspolitik hat die Aufgabe, im gemeinsamen Interesse zur ausgewogenen Entwicklung des Welthandels, zum allmählichen Abbau von Handelshemmnissen und Zollschränken sowie zur Vereinfachung von Handelsbeziehungen beizutragen. Diese Ziele sollen durch die Förderung der Weiterentwicklung der Zollverwaltungen und den Ausbau ihrer Kapazitäten sowie durch die Übernahme internationaler Normen wie die der Weltzollorganisation (WZO) zur Sicherung und Erleichterung des Welthandels erreicht werden. Die laufenden Verhandlungen zwischen dem Mercosur und der EU zur Intensivierung ihrer Handelsbeziehungen im Rahmen eines Assoziierungsabkommens betreffen nicht nur den Handel mit Waren und Dienstleistungen, sondern beziehen sich gleichermaßen auf Ausschreibungen, den Schutz des geistigen Eigentums, auf die Wettbewerbspolitik und auf Auslandsinvestitionen.

Die Handelspolitik des Mercosur orientiert sich an den Zielen der EU und ist auf die Öffnung ausländischer Märkte für Erzeugnisse aus den Mitgliedstaaten ausgerichtet. Fehlende Verträge über die Anwendung von Zöllen beim Handel der Mercosur-Länder mit der übrigen Welt haben nicht nur die Konsolidierung des Abkommens verzögert, sondern auch die bereits laufenden Wirtschaftsverhandlungen mit der Andengemeinschaft, Südafrika und Mexiko gebremst.

4.5.2. Gemeinsame Agrarpolitik und Aspekte der Tier- und Pflanzengesundheit

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) mit ihren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus Uruguay auf dem Binnenmarkt und in Drittländern war die häufigste Ursache für Meinungsunterschiede zwischen der EU und Uruguay. Die Reform 2003 zielt auf den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen im Welthandel ab, die durch die GAP entstanden waren, fördert bilaterale Beziehungen und öffnet den europäischen Markt für Ausfuhren aus Uruguay. Voraussetzungen für den freien Zugang zum Binnenmarkt ist natürlich die Einhaltung der in der EU geltenden Normen für die Tier- und Pflanzengesundheit sowie für die öffentliche Gesundheit.

Uruguay hat für seine traditionellen Ausfuhrerzeugnisse wie Rindfleisch ein Kontroll- und Qualitätssicherungssystem entwickelt, das den Normen und Erwartungen des europäischen Marktes gerecht wird. Das Land hat in dieser Hinsicht gegenüber seinen Wettbewerbern eine sehr gute Ausgangsposition, um die Vorteile der Marktöffnung im Zuge der GAP-Reform und nach Abschluss der letzten WTO-Verhandlungsrunde umfassend nutzen zu können. Das Angebot anderer uruguayischer Exporterzeugnisse muss sich nach den Bedingungen der europäischen Verbraucher richten. Dies wird durch den Ausbau von Labors, die zunehmende Zertifizierung und häufigere Qualitätskontrollen erreicht.

4.5.3. Strategien im Bereich Forschung und Entwicklung und die Förderung der Informationsgesellschaft

Die EU produziert ein Drittel des wissenschaftlichen Know-hows der Welt. Die dafür notwendige Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist Grundlage des Wohlstands und der Lebensqualität der Einwohner der Mitgliedstaaten. Der Ruf der EU in der medizinischen Forschung und im Umweltschutz ist unumstritten. Die EU ist auf verschiedenen Fachgebieten wie Chemie, Physik, Pharmaindustrie, Weltraumerkundung, Telekommunikation, Verkehr und Logistik usw. weltweit führend. Sie ist in der Lage, die Entwicklung technologischer Innovationen in Ländern wie Uruguay zu fördern, die die Forschung und Entwicklung zu einem Wettbewerbsfaktor ihrer Wirtschaft machen müssen.

Uruguay hat der EU den Abschluss eines Kooperationsabkommens in den Bereichen Wissenschaft und Technologie auf der Grundlage des Modells vorgeschlagen, das mit anderen Ländern der Region vereinbart wurde (Mexiko, Argentinien, Chile und Brasilien). Die EU erkennt die Bedeutung der Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet an und ist sich des Interesses bewusst, auf das ein solches Abkommen in diesen Bereichen in der EU und in Uruguay stoßen würde. Sie hält aber dennoch den Abschluss eines Abkommens zum derzeitigen Termin für verfrüht, da sich Uruguays am 6. Forschungsrahmenprogramm (2002-2006) beispielsweise kaum beteiligt hat. Daher ist anzuraten, die Beziehungen in diesem Bereich durch die Förderung dieser Rahmenprogramme und durch thematische Kooperationen kurzfristig zu intensivieren und so die Möglichkeiten wissenschaftlicher Zusammenarbeit zu nutzen.

Die Kooperation im Bereich der Informationsgesellschaft, die die digitale Kluft ("digital gap") schließt und den sozialen Zusammenhalt durch Informations- und Kommunikations-

technologie fördert, begünstigt den bilateralen Dialog und den Einsatz biregionaler Instrumente.

4.5.4. *Geistiges Eigentum*

Der Schutz des geistigen Eigentums hat eine wirtschaftliche und soziale Dimension und stellt ferner ein Instrument zur Entwicklung neuer Technologien und Erzeugnisse dar. Die von der EU verfolgte Politik zielt auf die Schaffung eines weltweiten, umfassenden Systems zum Schutz von geistigem Eigentum ab, das von allen Mitgliedern der WTO umgesetzt wird. Die mit dem Mercosur und Uruguay geschlossenen Verträge über die Zusammenarbeit im Bereich der geistigen Eigentumsrechte sollen zur Verringerung von Marken- und Produktpiraterie, Produktschmuggel und -fälschungen beitragen. Die Lage in Uruguay ist unklar, da das Land trotz aller Anstrengungen der Polizei (unzureichende Personalstärke) ein potenzielles Transitland für Produkte zweifelhafter Herkunft ist.

4.5.5. *Migrationspolitik*

Im Zuge der Wirtschaftskrise 1999-2002 verließen immer mehr Einwohner das Land. Gegenwärtig leben etwa 15 % der Uruguayer im Ausland. Die neue Regierung hat ihr Engagement bekräftigt, sich für die Rückkehr dieser Familien einzusetzen. Einige Auswanderer aus Uruguay besitzen die doppelte Staatsbürgerschaft, die uruguayische und die eines europäischen Landes, vor allem Spaniens oder Italiens. Andere haben keine Aufenthaltserlaubnis in Europa. Was Uruguay betrifft, so sind die Kontrollen an den Grenzen zu den Ländern des Schengener Raums seit 2004 wesentlich verstärkt worden. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass sich die Beziehungen Uruguays mit manchen Mitgliedstaaten schwierig gestalten und Gespräche auf höchster Ebene aufgenommen wurden.

5. STRATEGIE DER EU

Die uruguayische Regierung ist entschlossen, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch eine Produktivitätssteigerung anzukurbeln und Innovationen sowie den Austausch zwischen Hochschulen/Forschungsinstituten und Unternehmern zu fördern, und außerdem die soziale Entwicklung und den Ausbau von Institutionen voranzubringen. Dieser Ansatz im Sozialbereich, bei der Leistungsfähigkeit und den Institutionen orientiert sich an den Prioritäten für die EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika. Daraus ergibt sich das Hauptziel der EU-Zusammenarbeit mit Uruguay für den Zeitraum 2007-2013: die Förderung der Bemühungen des Landes zur Wiederherstellung des notwendigen sozialen Zusammenhalts auf der Grundlage einer leistungsfähigeren nationalen Wirtschaft und einer effizienteren öffentlichen Verwaltung, insbesondere im Steuerbereich. Diese Ausrichtung auf den sozialen Zusammenhalt und die Mittel für seine dauerhafte Sicherung sind für ein dünn besiedeltes Land mit gutem Bildungsniveau von besonderer Bedeutung. Die Strategie zur Wiederbelebung und Diversifizierung der Wirtschaft auf der Grundlage von Forschung, Entwicklung und Innovation hat sich bereits bewährt. Verbesserungen in der Verwaltung und bei den öffentlichen Investitionen im Hinblick auf die Schaffung einer effizienteren staatlichen Verwaltung sind in einem Land wie Uruguay gut zu realisieren. Unter Berücksichtigung der europäischen Erfahrungen in den genannten Bereichen und angesichts einer ähnlichen Sichtweise bei den gesteckten Zielen wird die EU-Zusammenarbeit die Anstrengungen des Landes in zwei Schwerpunktbereichen unterstützen, und zwar (i) beim sozialen und räumlichen Zusammenhalt und (ii) bei der Innovationstätigkeit, der Forschung und der Entwicklung.

Diese Bereiche sind mit den Arbeitsgebieten identisch, die bei der uruguayischen Regierung höchste Priorität genießen: i) ein leistungsfähiges, innovatives und integriertes

Uruguay und ii) ein soziales und demokratisches Uruguay.

5.1. Schwerpunktthema „Sozialer und räumlicher Zusammenhalt“

Der soziale Zusammenhalt ist das Ergebnis eines Prozesses, der die Verringerung von Armut, sozialer Ausgrenzung, Ungleichheit und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Religion und der Kultur zum Ziel hat. Diese Aspekte begünstigen die Spaltung einer Nation und die Gewalt gegenüber den von der Gesellschaft Vernachlässigten⁸. Der soziale Zusammenhalt kann durch Schaffung einer gerechteren Gesellschaft erreicht werden, in der soziale Investitionen im Schul- und Gesundheitswesen, bei der Ernährung, im Wohnungsbau, bei der Trinkwasserversorgung und beim Abwasser gefördert und außerdem Anreize für eine Wirtschaftspolitik geschaffen werden, die Investitionen, Beschäftigung und die Umverteilung der Einkommen in der Bevölkerung begünstigt. Der soziale Zusammenhalt ist maßgeblich für den Erfolg einer demokratischen Staatsführung, das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen und die Achtung der staatlichen Ordnung verantwortlich.

Nach den Erfahrungen der EU ist der territoriale Ansatz ein maßgeblicher Faktor für den wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt, sofern die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den am geringsten entwickelten Gebieten konzentriert sind, wie es in Uruguay der Fall ist. Die Steigerung der öffentlichen Investitionen vor allem in den ärmsten Verwaltungsbezirken und Vorstadtbezirken wird die Lebensbedingungen und die Entwicklungsmöglichkeiten der dort lebenden Bevölkerung verbessern. In Uruguay ist die Entwicklung eines Prozesses zur Wiederbelebung lokaler Investitionen und seine spätere Umsetzung nicht nur dadurch gerechtfertigt, dass die Sozialausgaben unbedingt sinnvoller eingesetzt werden müssen, sondern auch durch die Notwendigkeit, mehr Institutionen in die Reform einzubinden und die Verantwortung dafür nicht allein dem Staat zu überlassen.

Eine Analyse der Situation, wie sie sich Anfang 2005 darstellte, ließ eine deutliche Zunahme des regionalen Gefälles erkennen. Die Regierung hat ihre Absicht betont, den Auftrag der konstitutionellen Reform des Jahres 1996 (Art. 50) mit Unterstützung des Planungs- und Haushaltsbüros (OPP) effizienter wahrzunehmen und Bestrebungen zur Dezentralisierung durch eine gezieltere Wirtschaftsentwicklung vor Ort mit Hilfe neuer Instrumente, Träger und Mittel zu fördern.

Die EU kann hierzu ihren Beitrag leisten und ihre Unterstützung bei der Ausarbeitung staatlicher Strategien sowie nationaler und örtlicher Sozialprogramme anbieten, die die soziale Integration und Investitionen vor Ort begünstigen. Ferner kann sie sich an der Finanzierung und Entwicklung von Instrumenten für den Finanzausgleich innerhalb des Landes sowie an Plänen und Programmen zum Ausbau der Institutionen unter Leitung nationaler oder departementaler Behörden beteiligen. Im Hinblick auf einen funktionsfähigen Staatshaushalt, auf die Steigerung der Kapazitäten für die Umverteilung und die Bekämpfung der Steuerflucht kann die EU darüber hinaus den Ausbau der Steuerbehörden fördern.

Auf die Zusammenarbeit bei der Stärkung des sozialen und territorialen Zusammenhalts werden ca. 60 % der verfügbaren Mittel entfallen.

5.2. Schwerpunktthema „Innovation, Forschung und wirtschaftliche Entwicklung“

Der Ausbau der Kapazitäten nationaler Institutionen, die die technologische Entwicklung stärken, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhöhen und eine stärkere Integration externer Märkte fördern, ist ein wesentlicher Aspekt der zukünftigen Zusammenarbeit

⁸ Erklärung von Guadalajara der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und Lateinamerikas im Mai 2004.

zwischen der EU und Uruguay. Die Erfahrungen in Uruguay zeigen nur allzu gut, dass der Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation nur bei entsprechenden volkswirtschaftlichen Grundvoraussetzungen gedeihen kann, vor allem aber einen geeigneten, strukturierten institutionellen Rahmen innerhalb des Staatsaufbaus benötigt. Unverzichtbar sind außerdem wirksame finanz- und steuerpolitische Instrumente als Anreiz für den Aufbau und die Vermittlung von Wissen, sowie die positive, dynamische Verzahnung des öffentlichen Bereichs, der Universitäten und der Privatwirtschaft.

Ziel aller Anstrengungen ist eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Kernbereiche der uruguayischen Wirtschaft, die durch die Erarbeitung gemeinsamer Projekte und die gerechte Risiko- und Gewinnverteilung zwischen den Hochschulen und Wissenschaft und der Privatwirtschaft erreicht werden kann.

Dieses Konzept ermöglicht es, die Qualität und Angebotsbreite der Ausfuhren des Landes in nicht traditionellen Wirtschaftssektoren über gemeinsam geführte Technologiezentren zu erhöhen. In diesen Zentren mit gemeinsamer Infrastruktur und hoch spezialisierten Fachleuten können die Ressourcen optimal genutzt und Wissen ausgetauscht werden. Außerdem werden die Arbeitsbeziehungen zwischen Akteuren in Wirtschaft und Wissenschaft dynamisiert und tragen durch die Herausbildung sektorspezifischer Wertschöpfungsketten zur weiteren Vervollkommnung des Modells bei.

Die Schaffung dieser für die Innovationstätigkeit notwendigen Voraussetzungen entspricht genau den Leitlinien der EU-Entwicklungshilfe und bietet die Möglichkeit, ein integriertes Förderprogramm für mehrere Bereiche einzurichten, um das Ziel eines „leistungsfähigen, innovativen und integrierten Uruguay“ zu erreichen. Folgende Schwerpunkte der Zusammenarbeit kristallisieren sich heraus: die Stärkung der Institutionen, die Entwicklung von institutionellen und finanziellen Förderstrategien zur Unterstützung des nationalen Innovationssystems (SNI), die Konsolidierung von Strukturen der Wissensvermittlung, die Anziehung ausländischer Investitionen, die stärkere Beteiligung der Privatwirtschaft, die Öffnung der Märkte und die Teilhabe der KMU an den Ergebnissen der Innovation.

Für die Zusammenarbeit im Bereich Innovation, Forschung und Entwicklung würden etwa 40% der verfügbaren Mittel verwendet. Die im Rahmen des nationalen Richtprogramms zu schaffenden Instrumente sind bei entsprechender Abstimmung mit Maßnahmen des Forschungsrahmenprogramms (2007-2013) noch wirksamer, das in Verbindung mit geeigneten Koordinierungsinstrumenten die auch für Uruguay attraktive, biregionale Zusammenarbeit stärkt. Der Austausch von Forschern ist dabei einer der Hauptschwerpunkte dieser Zusammenarbeit.

5.3. Querschnittsthemen

Die genannten Prioritätsbereiche und die übrigen Maßnahmen der EU in diesem Land berücksichtigen allgemeine bereichsübergreifende Anliegen und setzen sie auch um. Dazu gehören gemäß EU-Strategie die Menschenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter und die Umweltpolitik sowie Aspekte, die für die Länder des Mercosur spezifisch und eng miteinander verknüpft sind: (i) Stärkung der regionalen Integration im Mercosur-Raum und (ii) Umsetzung des Assoziierungsabkommens Mercosur / EU nach Abschluss der Verhandlungen. Da ein künftiges Assoziierungsabkommen weit über die Region hinaus wirken würde, müssten zu gegebener Zeit auf Initiative Uruguays und in Abstimmung mit den Behörden des Mercosur die notwendigen technischen und finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Abkommens geschaffen werden. Diese könnten mit Geldern für die intraregionale Zusammenarbeit zwischen EU und Mercosur nach den Vorgaben des regionalen Strategiepapiers der EU für den Mercosur finanziert werden.

5.4. Mögliche Risiken bei der Umsetzung der Strategie

Politische Risiken: Die Koalitionsregierung der *Frente Amplio* hat seit der Amtsübernahme im März 2005 genügend Beweise für verantwortungsvolle Staatsführung und den Wunsch nach Stabilität erbracht, aber es sind auch Spannungen zwischen gemäßigeren und realistischeren Strömungen, die von Wirtschaftsminister Astori vertreten werden, und radikaleren Richtungen entstanden. Bisher stand der Zusammenhalt der *Frente Amplio* im Vordergrund, und die gemäßigte Sichtweise war tonangebend. Weiterhin wäre der Regierungswechsel 2010 (Wahlen im Jahr 2009) nach dem Ende der Amtszeit des derzeitigen Staatspräsidenten Vázquez, der nicht mehr antreten kann, zu berücksichtigen.

Wirtschaftliche Risiken: Das Wirtschaftswachstum ist relativ stabil, aber die große Abhängigkeit von Erdöleinfuhren und die Engpässe bei der Energieversorgung der Region im Allgemeinen können zu einer Abschwächung des derzeitigen Wachstums führen, das hauptsächlich auf dem Außenhandel, den Agrarausfuhren und dem Export von tierischen Erzeugnissen zu schwankenden Preisen beruht. Ein weiteres Risiko wäre ein spürbarer Zinsanstieg, der deutliche Auswirkungen auf die Finanzierung der Staatsschulden Uruguays hätte. Daraus ergibt sich ferner die Notwendigkeit einer weiterhin sparsamen Haushaltspolitik.

Soziale Risiken: Die *Frente Amplio*-Regierung erfreut sich zurzeit eines starken Rückhalts in der Bevölkerung. Einige Bevölkerungsschichten werden jedoch ungeduldig. Die Unzufriedenheit könnte zunehmen, wenn die Mittelschicht die Vorteile des Wirtschaftswachstums der letzten drei Jahre nicht nutzen kann oder der PANES-Plan keine konkrete Lösung für die Grundbedürfnisse der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen des Landes bringt.

Operationelle Risiken: Zum jetzigen Zeitpunkt sind noch keine Aussagen über die Effizienz der neuen Amtsführung der *Frente Amplio*-Koalition möglich. Zahlreiche, zweifellos hoch qualifizierte Funktionsträger sind direkt von einem lokalen Amt oder von der Universität auf eine Stelle in der Zentralverwaltung gewechselt und stehen nun vor der Herausforderung, den Worten und Plänen wirksame und effiziente Taten folgen zu lassen. Dieser Aspekt erlangt noch größere Bedeutung, wenn man bedenkt, dass die EU bei ihrer Zusammenarbeit mit Uruguay die nationale Verantwortung erweitern und ihre Mittelzuwendungen von den erreichten Ergebnissen abhängig machen möchte. Die derzeitige Regierung hat im Vergleich zur vorherigen Führung trotz ihrer Haushaltsprobleme größere Konsistenz und stärkeres Engagement für die Zusammenarbeit mit der EU bewiesen.

6. NATIONALES RICHTPROGRAMM EU / URUGUAY 2007-2013

6.1. Finanzinstrumente und Finanzierungsquellen

Die Maßnahmen aus dem mit 31 Mio. EUR (Richtwert) dotierten Nationalen Richtprogramm EU/Uruguay dieses Länderstrategiepapiers soll durch die Verordnung Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden. Ergänzend zu diesem NRP können weitere Mittel für die EU-Entwicklungshilfe in Uruguay ebenfalls auf Grundlage dieses Instruments in Anspruch genommen werden; hierbei handelt es sich um:

a) für regional oder intraregional orientierte und wirkende Maßnahmen, die in den Strategiepapieren für Lateinamerika (biregionale Programme EU/Lateinamerika) und dem LSP EU/Mercosur identifiziert wurden; hier sind flankierende und ergänzende Maßnahmen (Kooperation bei Handelserleichterungen, Umsetzung des Assoziierungsabkommens EU/Mercosur, Stipendien für Europa, Austauschprogramme, Hochschulen für europäische Studien usw.) zu nennen;

b) Finanzierung von Einzelinitiativen in Themenbereichen wie Menschenrechte und Demokratie, Human Resources, Umweltschutz, Erhalt der natürlichen Ressourcen, Migration, Entwicklungshilfe über nichtstaatliche oder dezentrale Träger, Drogenpolitik usw.

Welche Beiträge (oder Projekte) letztendlich ausgewählt werden und wie hoch der Förderumfang jeweils ist, entscheidet sich anhand der Ergebnisse aus den Vorabstudien zu ihrer Gestaltung. Die NPR-Finanzierung hängt davon ab, ob im jährlichen Haushalt der Kommission Gelder dafür verfügbar sind.

Außerdem kann sich die Europäische Investitionsbank bei besonders sicheren Projekten durch die Vergabe von Krediten beteiligen.

6.2. Revisions-, Bewertungs- und Teilnehmegrundsätze

Das im Folgenden erläuterte NRP wurde nach vorheriger Konsultation der nichtstaatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft (siehe Anhang 4) auf Grundlage der vorstehenden Analyse und in Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden, der EU-Delegation in Uruguay und den Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten mit eigener ständiger Botschaft vor Ort ausgearbeitet.

Das NRP unterliegt einer mittelfristigen Überprüfung unter Mitwirkung der oben genannten Träger, bei der besonders darauf geachtet wird, ob die Strategie gemessen an den vorgegebenen Indikatoren erfolgreich war. Abhängig davon werden dann entsprechende Änderungen vorgenommen.

Die Festlegung der Leistungen und die Einbeziehung nichtstaatlicher Stellen in die Gespräche zur Identifizierung, Umsetzung und Überwachung der EU-Maßnahmen erfolgt vorrangig nach dem Mitspracheprinzip.

6.3. Schwerpunktbereiche

In den nachfolgenden Abschnitten wird in knapper, sachlicher Form dargestellt, in welchem Umfang (Richtwert) die EU die beiden ausgewählten Schwerpunktbereiche fördert.

a) Erster Schwerpunktbereich:

Sozialer und räumlicher Zusammenhalt

DAC/OECD-Kennzahl: 160)

Oberziele: Stärkung des sozialen und räumlichen Zusammenhalts in Uruguay durch die Förderung von Maßnahmen, die die Lebensbedingungen der ärmsten Bevölkerungs-

schichten verbessern und dazu beitragen, die Einkommensunterschiede und die ungleiche Versorgung mit Dienstleistungen zwischen einzelnen Menschen und Regionen des Landes abzubauen.

Spezifisches Ziel: Die institutionellen und verwaltungstechnischen Fähigkeiten staatlicher Stellen (auch auf Provinzebene) stärken und zur quantitativen und qualitativen Stärkung öffentlicher Investitionen auf staatlicher und dezentraler Ebene beitragen.

Erwartete Ergebnisse: Als Richtwert könnten folgende Ergebnisse erwartet werden:

- Entwicklung, Umsetzung und/oder Festigung einer nationalen Raumordnungsstrategie,
- begleitende Beratung und/oder Stärkung der Steuerbehörden sowie der Verfahren für Haushalt und öffentliche Ausgaben,
- Ausarbeitung und Bewertung gezielter Programme speziell zur sozialen Integration für die ärmsten Bevölkerungsschichten im städtischen Bereich und auf dem Land,
- Stärkung der Ministerien und sonstigen Einrichtungen, die für die Sozialpolitik zuständig sind,
- Ausarbeitung, Entwicklung und Umsetzung einer nationalen Strategie für die Dezentralisierung der Verwaltung,
- Entwicklung und Umsetzung eines nationalen Plans zur Verbesserung von Qualität und Umfang örtlicher Investitionen des Staates,
- Planung und Umsetzung eines nationalen Programms zur Entwicklung der institutionellen Kapazitäten für die örtliche Verwaltungsführung.

Indikatoren (nur zur Veranschaulichung):

- Reduzierung des unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerungsanteils (landesweit und regional) um ... %;
- ... %-ige Reduzierung des Indikators, der ungleiche Einkommensverteilung auf dem Staatsgebiet misst, oder nachweisliche Steigerung der öffentlichen Investitionen in den ärmsten Bezirken des Landes,
- Bestehen und Umsetzung einer vorhandenen nationalen Dezentralisierungsstrategie und/oder eines Instruments, das zu einer deutlichen Steigerung der örtlichen Investitionstätigkeit des Staates in strukturschwachen Regionen und Gebieten führt,
- veränderte räumliche Verteilung öffentlicher Investitionen.

Arbeitsbereiche: Entsprechende Vorgaben werden zu gegebener Zeit abhängig von der spezifischen Zielsetzung, den erwarteten Ergebnissen, den Leistungsindikatoren und den genauen Modalitäten für die Umsetzung der EU-Förderung auf Grundlage der angeforderten Machbarkeitsstudie gemacht.

Haushalt: ca. 60 % der gesamten Mittelzuweisung (Richtwert) für den Zeitraum 2007-2013 (40 % vom NRP 2007-2010 und 20 % vom NRP 2011-2013). Insgesamt schätzungsweise 18,5 Mio. EUR für den Zeitraum 2007-2013.

b) Zweiter Schwerpunktbereich:

Innovation, Forschung und wirtschaftliche Entwicklung

DAC/OECD-Kennzahl: 43082)

Oberziele: Zum Ausbau des SNI in Uruguay beitragen, um die Fähigkeiten zur wissenschaftlichen und technischen Entwicklung zu erhöhen und somit die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Bereichs im Lande zu steigern. Eine bessere Vermarktung von Waren aus Uruguay auf den Weltmärkten fördern und so zur Schaffung

qualifizierter Arbeitsplätze für die Menschen in Uruguay beitragen. Anreize für den Aufbau von Förder- oder Referenzeinrichtungen in den Bereichen Wissenschaft, Umwelt, Technologie und/oder Innovation sowie im Gesundheitswesen, bei der Tiergesundheit und/oder im Pflanzenschutz (SPS) schaffen.

Spezifisches Ziel: Das nationale Innovationssystem (SNI) und Begegnungsräume für die wechselseitige Beeinflussung staatlich / privat stärken. Anreize schaffen für den Aufbau wissenschaftlicher und technologischer Plattformen sowie hochkarätiger Referenzeinrichtungen, die den Eigenbedarf bei F+E+I, im Gesundheitswesen und bei der SPS-Überwachung decken. Bleibe-, ja Rückkehrhilfen für Spitzenkräfte aus Uruguay ins eigene Land.

Erwartete Ergebnisse: Als Richtwert könnten folgende Ergebnisse erwartet werden:

- Planung, Entwicklung, Umsetzung und Mitfinanzierung normsetzender, finanz- und steuerpolitischer Instrumente zur Förderung von F+E+I,
- Stärkung und Hierarchisierung des institutionellen Umfelds für Innovation,
- günstiges institutionelles Umfeld als Voraussetzung für die Entwicklung der Innovationstätigkeit,
- gemeinsame Planungsräume zwischen Staat, Hochschulen und Privatbereich,
- höhere öffentliche und private Investitionen für Innovation, auch ausländische Direktinvestitionen, soweit diese geeignet sind,
- Umsetzung von Strategien und Modalitäten zur Eindämmung der Abwanderung hoch qualifizierter Kräfte („brain drain“),
- verbesserte, innovationsfördernde steuerliche Anreize für die Privatwirtschaft,
- neue Finanzinstrumente für Innovation,
- stärkere Verknüpfung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Innovationsmarkt,
- Erweiterung der institutionellen Kapazitäten bei F+E,
- besser für Innovation und Innovationssteuerung ausgebildete Fachkräfte,
- bessere Nutzung der bestehenden IKT-Infrastruktur (Informations- und Kommunikationstechnologie) im privaten und vor allem im öffentlichen Bereich.

Leistungsindikatoren (nur zur Veranschaulichung):

- Steigerung des Verhältnisses F+E/BIP um ... %,
- deutliche Steigerung um ... % bei der Anzahl von Technologieunternehmen,
- Exportsteigerung um ... % bei Innovation und technologischer Entwicklung,
- Leistungsverbesserungen in Uruguay gemäß UNDP-Indikator für technologische Entwicklung und Netzwerke des Weltwirtschaftsforums.

Arbeitsbereiche: Entsprechende Vorgaben werden zu gegebener Zeit abhängig von der spezifischen Zielsetzung, den erwarteten Ergebnissen, den Leistungsindikatoren und den genauen Modalitäten für die Umsetzung der EU-Förderung auf Grundlage der angeforderten Machbarkeitsstudie gemacht.

Haushaltsansatz: ca. 40 % der gesamten Mittelzuweisung (Richtwert) für den Zeitraum 2007-2013 (25 % vom NRP 2007-2010 und 15 % vom NRP 2011-2013). Insgesamt schätzungsweise 12,5 Mio. EUR für den Zeitraum 2007-2013.

6.4. Konditionalität

Allgemeine Voraussetzung für die Auszahlung der Förderung ist die Mitwirkung der betroffenen Bereiche bei der Festlegung von Vorgaben für die Verteilung und am Aufsichts- und Überwachungsmechanismus, d.h. durch die staatlichen Stellen vor Ort für

den ersten Bereich bzw. die Hochschulen und Wissenschaftler im zweiten Bereich bei den Forschungsgeldern (F+E).

6.5. Richtprogrammübersichten 2007-2010 und 2011-2013

SCENARIO FÜR DIE RICHTPROGRAMMPLANUNG 2007-2010

Bereich / Beitrag	Betrag	2007	2008	2009	2010
1. Sozialer und räumlicher Zusammenhalt	12 Mio. EUR				
Ermittlung / Gestaltung (pm möglich für 2006)					
Finanzierungsentscheidung (DF)					
Finanzierungsvereinbarung (CF)					
Ausführung					
2. Forschung / Entwicklung (F&E) + Innovation	8 Mio. EUR				
Ermittlung / Gestaltung					
Finanzierungsentscheidung (DF)					
Finanzierungsvereinbarung (CF)					
Ausführung					

Mehrfährige Richtprogrammplanung, geschätzte Beträge 2007-2010

SCENARIO FÜR DIE RICHTPROGRAMMPLANUNG 2011-2013

Bereich / Beitrag	Betrag (%)	2010	2011	2012	2013
1. Sozialer und räumlicher Zusammenhalt	6,5 Mio. EUR				
Ermittlung / Gestaltung (pm möglich für 2010)					
Finanzierungsentscheidung (DF)					
Finanzierungsvereinbarung (CF)					
Ausführung					
2. Forschung / Entwicklung (F&E) + Innovation	4,5 Mio. EUR				
Ermittlung / Gestaltung					
Finanzierungsentscheidung (DF)					
Finanzierungsvereinbarung (CF)					
Ausführung					

Mehrfährige Richtprogrammplanung, geschätzte Beträge 2011-2013 (2010 pm)

7. ANHÄNGE (LISTE DER ANHÄNGE)

Anhang 1	Auswahl von Vergleichsindikatoren für Uruguay und die Staaten im südlichen Südamerika
Anhang 2	Millenniums-Entwicklungsziele für Uruguay
Anhang 3	Programme von EU-Mitgliedstaaten, sonstigen Geldgebern und IFIs
Anhang 3a	Übersicht über Mittelbindungen (Richtwerte) nach Bereichen und Gebern bzw. IFIs 2005-2010
Anhang 4	Konsultationen mit den Nichtregierungsvertretern
Anhang 4a	Konsultationen mit den Regierungsvertretern
Anhang 5	Übersicht zur EU-Entwicklungshilfe in Uruguay
Anhang 5a	Maßnahmen, die aus dem NRP des LSP (2002-2006) finanziert wurden
Anhang 6	Regierungsprogramm in den sechs Schwerpunktbereichen
Anhang 7	Territoriale Gliederung Uruguays und Einführung zum FDI
Anhang 8	Umweltzustandsbericht zu Uruguay, Kurzfassung
Anhang 9	Kurzübersicht Uruguay
Anhang 10	Übersichtskarte Uruguays
Anhang 11	Abkürzungen

Anhang 1: Auswahl von Vergleichsindikatoren für Uruguay und die "Cono Sur"-Staaten

INDIKATOREN	Jahr	URUGUAY	Paraguay	Argentinien	Brasilien	Chile
1. ALLGEMEINES						
Fläche (in tausend km ²)	2003	176	407	2.780	8.515	757
Bevölkerung (in Mio., Quelle: UNPFA 2005)	2005	3,5	6,2	38,7	186,4	16,3
Bevölkerungsdichte (pro km ²)	2003	19	14	13	21	21
Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung	2003	93	58	89	83	87
Jährliche Mittlere Verstärkerquote (1990-2003)	2003	1	3,7	1,2	2,1	1,7
2. WIRTSCHAFT						
<i>Reale Wirtschaft</i>						
BIP (in Mrd. USD)	2003	11.182	6.030	129.596	492.338	72.415
Jährliche Wachstumsrate	2004	9,0	2,1	7,0	7,9	5,9
BIP pro Kopf (Quelle: IWF april 2005)	2004	3.543	1.155	3.912	3.417	5.856
<i>Währung</i>						
Internationale Reserven netto (in Mio. USD)	2004	2.233	1.080	2003 14.157	52.900	16.016
<i>Steuerbereich (in % des BIP)</i>						
Fehlbetrag / Überschuss Steuereinnahmen	2003	-4,7	-0,6	-5,8	-6,6(1)	-0,5
Brutto-Kapitalbildung	2003	13	20	15	18	24
Brutto-Sparquote Haushalte	2003	15	5	26	22	27
<i>Außenhandel</i>						
Jährliches Wachstum beim Export von Waren und Dienstleistungen	2004	18	4,9	3,5	19,6	11,6
Jährliches Wachstum beim Import von Waren und Dienstleistungen	2004	26,1	5,5	45,4	20,3	-0,2
Zahlungsbilanz (in % BIP)	2004	1,1	1,3	1	1,9	-1,9
Export von Waren und Dienstleistungen (in % des BIP)	2003	26	32	25	17	36
Import von Waren und Dienstleistungen (in % des BIP)	2003	23	47	14	13	33
<i>Staatsverschuldung</i>						
Verschuldung gesamt (in Mio. USD)	2003	11.764	3.210	166.207	235.431	43.231
Verschuldung gesamt (in % BIP)	2003	105,2%	53,2%	128,3%	47,8%	59,7%
Zinszahlungen als Prozentsatz des Einkommens	2003	9,2	7,9	49	---	5,5
3. SOZIALER BEREICH						
<i>Schule und Bildung</i>						
Netto-Versorgung Grundschulbildung	2002-2003	90	89	2001 98 (2)	97	86
Anteil von Schülern, die die fünfte Klasse abschließen M/F (3)	2003-2004	91/95	68/71	91/93	76/84	100/98
Brutto-Abschlussrate Grundschule	2002-2003	92	93	103	112	104
Gleichstellung der Geschlechter (Versorgungslücke brutto zwischen Primär- und Sekundarschulbildung)	2002-2003	105	98	103	103	100
<i>Gesundheit</i>						
Müttersterblichkeit pro 100 000 Lebendgeburten (4)	1985-2003	26	180	46	75	17
Kindersterblichkeit pro 1000 Lebendgeburten	2003	12	25	17	33	8
Anteil geimpfter Kinder Diphtherie Keuchhusten Tetanus (zwischen 12-23 Monaten)	2003	91	77	88	96	99
<i>Wasser und Anschluss an Kanalisation (% Bevölkerung)</i>						
Verbesserter Zugang zur Wasserversorgung (in % Bev) - 2002	2002	98	83	---	89	95
Verbesserter Anschluss an das Abwassersystem (in % Bev) - 2002	2002	94	78	---	75	92
<i>Armut und Ungleichheit</i>						
Von Armut betroffene Bevölkerung (5)		2004 (b)	2002 (b)	2001 (b)	2001 (b)	2000 (b)
Gini-Koeffizient (6)		31,0	33,2	14,3	22,4	9,6
4. AUSSENHANDEL						
<i>Exporte</i>						
Exporte (in Mrd. USD)	2004	2,9	1,6	33,9	95,0	30,3
Exporte pro Kopf (USD)	2004	860	262	887	522	2007
<i>Importe</i>						
Importe (in Mrd. USD)	2004	3,1	3,1	22,2	66,1	22,3

Quelle: Weltentwicklungsindikatoren 2005

- (1) IERAL der Stiftung Fundación Mediterráneo
- (2) CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe)
- (3) UNPFA: Stand der Weltbevölkerung 2005. Nur die Daten zu Brasilien beziehen sich auf das Jahr 2004.
- (4) Letztes Jahr, zu dem Daten vorliegen
- (5) Weltweit geltende Armutsgrenze: Menschen, die mit 2 USD (oder weniger) pro Tag leben
- (6) Misst ungleiche Einkommensverteilung in einer Gesellschaft. Geht von Null - dem Idealzustand, bei dem alle Einzelpersonen oder Familien einer Gemeinschaft gleich viel verdienen - bis eins; auf diesen Wert strebt die Zahl zu, wenn die Einkommen bei wenigen Haushalten und Einzelpersonen konzentriert sind.
 - (a) Auf Grundlage der Ausgaben
 - (b) Auf Grundlage der Einkommen

ANHANG 2 Millenniums-Entwicklungsziele für Uruguay

ZIEL 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers	
Weltziel 1: Der Anteil der Menschen mit weniger als 1 USD pro Tag Einkommen soll um die Hälfte gesenkt werden.	Ziel für Uruguay 1: Die Bedürftigkeit soll ausgerottet und die Armut bis 2015 um die Hälfte gesenkt werden.
Weltziel 2: Der Anteil der hungernden Menschen soll um die Hälfte gesenkt werden.	Ziel für Uruguay 2: Der Anteil unterernährter Kinder unter 5 Jahren soll auf das Mindestmaß gesenkt werden (2,3 % gelten als Richtwert).
ZIEL 2: Verwirklichung der allgemeinen Primärschulbildung	
Weltziel 3: Alle Jungen und Mädchen sollen bis 2015 eine vollständige Grundschulbildung erhalten. Alle Jungen und Mädchen sollen gleichberechtigten Zugang zu allen Schulniveaus erhalten.	Ziel für Uruguay 3: Die allgemeine Grundbildung und die Schulpflicht für den Mittelschulbereich einführen und die weiterführende Sekundarschule ausweiten.
ZIEL 3: Förderung der Gleichheit der Geschlechter und der Eigenständigkeit der Frauen	
Weltziel 4: In der Grund- und Mittelschulbildung soll vorzugsweise bis 2005 und auf allen Ausbildungsstufen bis 2015 jede ungleiche Behandlung der Geschlechter beseitigt werden.	Ziel für Uruguay 4: Geschlechtsbedingte Ungleichbehandlung bei der Chancengleichheit und Arbeitsbedingungen sowie auf Ebene der öffentlichen und privaten Entscheidungsträger beseitigen.
ZIEL 4: Senkung der Kindersterblichkeit	
Weltziel 4: Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren soll von 1990 - 2015 um zwei Drittel gesenkt werden.	Ziel für Uruguay 5: Von 1990 bis 2015 soll die Sterblichkeitsrate bei Kindern bis 5 Jahren um zwei Drittel gesenkt werden.
ZIEL 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern	
Weltziel 6: Die Müttersterblichkeit soll von 1990 - 2015 um drei Viertel gesenkt werden.	Ziel für Uruguay 6: Risikoschwangerschaften sollen durch doppelt so gute Früherkennung in den ersten 3 Monaten reduziert werden.
ZIEL 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten	
Weltziel 7: Die Ausbreitung von HIV/AIDS soll zum Stillstand gebracht und zum Rückzug gezwungen werden.	Ziel für Uruguay 7: Das Weltziel wird übernommen.
Weltziel 8: Der Ausbruch von Malaria und anderer schwerer Krankheiten soll verhindert und ihr Auftreten zum Rückzug gezwungen werden.	Ziel für Uruguay 8: Die guten Leistungen bei der Kontrolle von Infektions- und Parasitenerkrankungen sollen beibehalten werden.
ZIEL 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit	
Weltziel 9: Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung werden in die nationale Politik übernommen; der Zerstörung von Umweltressourcen soll Einhalt geboten werden.	Ziel für Uruguay 9: Das Weltziel wird übernommen.
Weltziel 10: Die Zahl der Menschen, die über keinen Zugang zu gesundem Trinkwasser verfügen, soll von 1990 – 2015 um die Hälfte gesenkt werden.	Ziel für Uruguay 10: Der Anteil der Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser soll weiter und der Anteil der Menschen ohne Anschluss an die Kanalisation soll um die Hälfte gesenkt werden.
Weltziel 11: Bis 2020 sollen wesentliche Verbesserungen in den Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern erzielt werden.	Ziel für Uruguay 11: Der Anteil der Menschen in prekären Wohnverhältnissen (Slums, Elendsviertel, wilde Siedlungen) soll bis 2015 um die Hälfte gesenkt werden.

Anhang 3 Programme von EU-Mitgliedstaaten, sonstigen Geldgebern und IFIs

Spanien. Im Zeitraum 2000-2005 überstiegen die Entwicklungshilfeleistungen Spaniens an Uruguay einen Umfang von 50 Mio. EUR. Dieser Betrag verteilt sich auf mehrere Entwicklungshilfeprogramme wie:

- eine Kreditlinie Spaniens für die Entwicklung in Höhe von 25 Mio. EUR,
- eine Umschuldungsmaßnahme für 9,5 Mio. USD bei drei Kanalisationsprojekten im Landesinnern. Das Programm beinhaltet die Möglichkeit, eine zweite Stufe für 10,8 Mio. USD und eine dritte Stufe für 10,6 Mio. USD auszuhandeln.
- eine dezentrale Regierungszusammenarbeit (ausgehend von den autonomen Gemeinschaften (Regionen) und Gebietskörperschaften (Gemeindeverwaltungen) in Spanien).

Der AECI (Spanische Agentur für internationale Zusammenarbeit) stehen umfangreiche Gelder zur Verfügung, die in vier Haupteinsatzgebiete fließen:

- technische Kooperation mit öffentlichen Einrichtungen in Uruguay insbesondere zur institutionellen Stärkung,
- ein kulturelles Kooperationsprogramm über das spanische Kulturzentrum und die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Trägern in Uruguay,
- Stipendienprogramme für Aufbaustudiengänge und die Forschung an Hochschulen,
- ein Kleinkreditprogramm über 10 Mio. EUR.

Neben der amtlichen Entwicklungshilfe überweist Spanien jedes Jahr große Summen an die Wirtschaft Uruguays auf dem Umweg über die Sozialhilfe und andere Leistungen für spanische Staatsangehörige mit festem Wohnsitz in Uruguay, die sehr oft auch die uruguayische Staatsbürgerschaft besitzen. Insgesamt fließen mehr als 6 Mio. EUR jährlich, die sich auf nicht beitragspflichtige Sozialbeihilfen (für bedürftige ältere Menschen über 65), die umfassende Gesundheitsversorgung und Fördergelder an die medizinisch-soziale Einrichtung *Hogar Español de Ancianos* verteilen. Hinzu kommen Geldüberweisungen in Form von beitragspflichtigen Renten an Menschen mit Wohnsitz in Uruguay, die in Spanien Sozialbeiträge bezahlt haben und nach den geltenden bilateralen Abkommen in diesem Bereich eine Rente aus der spanischen Sozialversicherungskasse beziehen. Hier fließen über 6,2 Mio. EUR jährlich.

Italien. Die Krise in Uruguay 2002 und die soziale/wirtschaftliche Rezession (vor allem der Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens) haben Italien veranlasst, die Entwicklungshilfe für das Land durch Vergabe von Hilfskrediten an die prioritär eingestuften Bereiche wieder aufzunehmen. 2003 wurde ein Vereinbarungsprotokoll über die Vergabe eines Hilfskredits (20 Mio. EUR) im Rahmen eines Förderprogramms für uruguayische und italienisch-uruguayische KMU bei sozial orientierten Projekten unterzeichnet. Nach einer weiteren zeitgleich geschlossenen Vereinbarung ist ein Hilfskredit über 15 Mio. EUR für ein Programm zur Förderung des staatlichen Gesundheitswesens vorgesehen; sie trat im Juli 2004 in Kraft. Im Rahmen der so genannten kulturellen Zusammenarbeit hat Italien ein Stipendienprogramm für italienische Unternehmer in Uruguay geschaffen. Darin sind auch regionale Hilfen aus der Lombardei und der Emilia Romagna enthalten. Italienische NROs arbeiten an Kleinkreditprojekten mit Genossenschaften und randständigen Jugendlichen. Aus Italien kommen jährliche Leistungen in Form von Sozialbeihilfen und anderen Leistungen an italienische Staatsbürger oder Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit.

Frankreich. Die französische Entwicklungshilfe bietet technische Hilfeleistung auf dem Umweg über das Kulturzentrum und Hochschulen. Auch einzelne Krankenhäuser erhalten Unterstützung. Wichtigstes Projekt ist die Zusammenarbeit mit dem „Institut Pasteur“, das ab 2006 eine regionale Außenstelle in Uruguay aufbauen wird. Auch örtliche Forschungslabors sind über Partnerschaften mit Forschungslabors in Bordeaux, Marseille und Straßburg in die französische Entwicklungshilfe einbezogen. Als weitere Einsatzgebiete der Entwicklungshilfe Frankreichs sind der Städtebau, die Restaurierung und der Erhalt von Teilen der Altstadt Montevideos, die kulturelle Zusammenarbeit sowie die Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung zu nennen.

Sonstige Mitgliedstaaten

Deutschland hat 2003 seine eigene bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Uruguay vereinbart. Derzeit laufen regionale Projekte mit Standort in Montevideo, darunter auch der umweltgerechte Hafenausbau, die Förderung von Kleinbetrieben und die Handelskooperation auf Grundlage von Unternehmerbesuchen. Ebenfalls zu nennen sind die Kulturstipendien des *Goethe-Instituts*. Schweden hat eine Reihe von Kulturabkommen und ein Stipendienprogramm für Kulturstudien mit Uruguay geschlossen. Mit den Niederlanden besteht kein eigentliches Entwicklungshilfeprogramm. Im sozialen Bereich wird über ein bilaterales Sozialversicherungsabkommen für ehemalige politische Flüchtlinge auf niederländischem Staatsgebiet noch verhandelt. Das Vereinigte Königreich hat mehrere Sozialprogramme aufgelegt. Die Tschechische Republik vergibt Stipendien. Mit Polen ist die Kooperation im Oktober 2004 angelaufen; der Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit bei Kultur und Erziehungswissenschaften mit vier Stipendien und die Unterstützung für medizinische Einrichtungen über die Universität Warschau.

Sonstige bilaterale Geldgeber

Kanada hat ein jährliches Programm mit knapp 1,5 Mio. USD aufgelegt. Aus einem Fonds für Technologietransfer werden Programme für Lebensmittelsicherheit, insbesondere zur Entwicklung vorbildlicher Praktiken bei der Fleischerzeugung und -verarbeitung, gefördert. Das Land ist auch an der Entwicklung fortwirtschaftlicher Modelle und der Verwaltung von Krankenhauseinrichtungen beteiligt. Die Vereinigten Staaten haben kein direktes Entwicklungshilfeprogramm. Sie sind über den *Americas Fund* präsent, der bei Ausschreibungen 800 000 USD an NROs vergibt. Die USA vergeben außerdem Fullbright-Stipendien zur Finanzierung von Austauschprogrammen für 12-15 Stipendiaten jährlich. Japan arbeitet in seinen bilateralen und regionalen Programmen in Uruguay hauptsächlich an land- und forstwirtschaftlichen Projekten. Es wirkt auch an Projekten zur Verbesserung der Wasserqualität in armen Dörfern und zur Perfektionierung von Warenverpackungstechniken mit.

Multilaterale Träger

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) ist der wichtigste multilaterale Partner für die Entwicklung Uruguays und spielte bei der Krise 2002 eine unübersehbare Rolle durch die vorgezogene Bereitstellung eines bereits bewilligten Programms über 1 Mrd. USD für einen Zeitraum von fünf Jahren. Bislang war sie in folgenden strategischen Einsatzbereichen tätig:

- Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen vor allem mit multisektoriellen Finanzierungsprogrammen zur Stärkung des Finanzsystems, zum Ausbau der Straßeninfrastruktur, zur Neuausrichtung und Entwicklung der Landwirtschaft, zur Verbesserung der Techniken und Dienstleistungen für Landwirtschaft und Viehzucht,

- Modernisierung des Staates, insbesondere die Modernisierung der Justiz, der öffentlichen Verwaltung und der Stadtverwaltung Montevideo,
- soziales Wohlbefinden; dazu gehören ein Abwasser-/Kanalisationsprogramm in Montevideo, die Modernisierung des Sekundarschulwesens und der Lehrerbildung, die Anerkennung nichtamtlicher Schulen, die Stadtsanierung, die Gemeindeentwicklung und -verwaltung sowie ein Programm für gefährdete Kinder, Jugendliche und Familien.

Eine neue Länderstrategie ist in Vorbereitung und soll dem Verwaltungsrat im letzten Quartal 2005 vorgelegt werden. Danach sind 1,2 Mrd. USD für die nächsten fünf Jahre vorgesehen. Festzuhalten ist ferner, dass die IDB nicht rückzahlbare Hilfen in vergleichbarer Höhe vergeben hat wie die europäischen Geberländer.

Die *Weltbank (WB)* hat vor kurzem ein Programm über 800 Mio. USD für den Zeitraum 2005 - 2010 genehmigt. Damit sollen zentrale Aspekte in Uruguay wie die Steuerreform, die Entwicklung des Finanzsektors und der Kapitalmärkte in erster Linie über technische Hilfe und die Vergabe von Krediten für politische Reformen in Angriff genommen werden. Im Gesundheitswesen soll der Umbau des staatlichen Gesundheitssystems durch eine Investitionsmaßnahme gestützt werden. In den Bildungsbereich fließen Hilfen, um mehr Ganztagschulen in sozial schwachen Stadtteilen zu schaffen und Tests für die Reformen der Schulbehörden durchzuführen. Die Weltbank leistet technische Hilfestellung bei der Erneuerung des institutionellen Umfelds und beim weiteren Ausbau des nationalen Innovationssystems. Bei Infrastruktur und im öffentlichen Dienst hilft sie mit fachlicher Unterstützung bei der Neugestaltung der bestehenden institutionellen Struktur und den Finanzierungsabläufen im Bereich Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Kanalisation und Abwassersysteme, um die Privatwirtschaft stärker einzubeziehen und die Regulierungssysteme zu festigen. Die Weltbank unterstützt ferner den rationellen Umgang mit landwirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen hauptsächlich durch Förderinvestitionen für den Einsatz nachhaltiger, integrierter Bewirtschaftungssysteme für natürliche Ressourcen, durch die die Wettbewerbsfähigkeit der Agrarerzeuger verbessert werden soll. Sie setzt sich für die Modernisierung des Staates, also auch für die Neuordnung staatlicher Aufgaben, ein, um mehr Transparenz zu schaffen, die Praxis für Rechenschaftslegung stärker zu verankern und staatliches Handeln wirksamer zu machen. Ferner ist sie der Regierung dabei behilflich, die Aufgabe der staatlichen Währungsinstitute bei der Entwicklung der Kapitalmärkte zu regeln; es werden auch Untersuchungen zur verbesserten Handhabung von Unternehmenskonkursen durchgeführt. Und nicht zuletzt wird die Weltbank die Regierung bei ihren Anstrengungen für die soziale Integration und den Abbau von Ungleichheiten unterstützen.

Der *Internationale Währungsfonds (IWF)* hat im März 2002 einer Bereitschaftskreditvereinbarung („Standby Arrangement“) zugestimmt, durch die die IWF-Hilfe zusammen mit einer Verlängerung, die im Juni 2002 bewilligt wurde, auf 2,8 Mrd. USD aufgestockt wird. Mit der Finanzhilfe wurde das Bankwesen neu geordnet und das Steueraufkommen verbessert. So ist sichergestellt, dass das Land die Schuldenaufnahme mittelfristig verkraftet und die Privatwirtschaft sich stärker an der Sicherung der Grundversorgung im Hinblick auf eine höhere Leistungsfähigkeit und Effizienz beteiligt. Alle Nachträge zur Bereitschaftskreditvereinbarung wurden bislang ohne Schwierigkeiten bewältigt, sieht man einmal von leichten Verzögerungen ab. Im Februar 2005 hat der IWF-Verwaltungsrat der siebten und letzten Überarbeitung der geltenden Vereinbarung zugestimmt. Die Regierung hat sich mit den IWF-Vertretern auf gemeinsame Eckpunkte verständigt, und es konnte eine neue Bereitschaftskreditvereinbarung für weitere drei Jahre geschlossen werden, die Mitte 2008 ausläuft. In der neuen Vereinbarung schlägt der IWF vor, dass die

Bedingungen des neuen Programms für 60 % der während der Laufzeit der Vereinbarung fälligen Rückzahlungen in Anspruch genommen werden können. Die Rückzahlungen belaufen sich auf ca. 1,9 Mrd. USD zum gültigen Wechselkurs.

Der UNDP betreibt neben anderen Entwicklungshilfeleistungen, die er über seine Projektsteuerungsdienste abwickelt, ein eigenes Hilfsprogramm (mit knapp 2 Mio. USD jährlich). Im Mittelpunkt des technischen Hilfsprogramms stehen der soziale Zusammenhalt und das Umweltmanagement, obwohl er auch an Themen im Bereich Wissenschaft und Innovationstechnologie arbeitet.

Sonstige multilaterale Träger

Die UNICEF gibt im Rahmen eines Programms jährlich 1 Mio. USD für die Förderung der öffentlichen Politik, insbesondere die soziale Bildungs- und Gesundheitssteuerung, aus. Von der UNFPA kommen jährlich 500 000 USD für Programme in den Bereichen sexuelle und reproduktive Gesundheit, Bevölkerung und Entwicklung sowie für die Gleichstellung der Geschlechter und die Bevölkerung. Die UNESCO konzentriert sich mit ihrer Arbeit auf wissenschaftsnahe Themen; sie ist in einem internationalen Hydrologieprogramm und dem Regionalprogramm zur Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete am Río de la Plata federführend. Die FAO arbeitet an einem Projekt im Auftrag des uruguayischen Landwirtschaftsministers und an kleineren Einzelprojekten im Auftrag anderer Geber.

Anhang 3a Übersicht über die Mittelbindung (Richtwerte) nach Bereichen und Gebern bzw. IFIs 2005-2010

Land / Projektträger ⁹	Institutionen	Wirtschaft	Sozialer Bereich und Infrastruktur	Wissenschaft und Umweltschutz
Spanien ¹⁰ - AECI (70 Mio. EUR über FAD-Kredite und nicht rückzahlbare Beihilfen) FAD: Fondo de Ayuda al Desarrollo	- institutionelle Stärkung - Unterstützung der Departementsverwaltungen beim Übergangsprozess - Vorbereitung von Förderprogrammen für die oberste Finanzbehörde, Polizei, Parlament und die <i>Intendentes</i> - Unterstützung des 2. Plans für Chancengleichheit und Gleichstellung der Stadtverwaltung Montevideo (IMM) - Justizreform (Staatsanwaltschaft)	- Kleinkredite (Programm über 10 Mio. EUR) - Unterstützung für Fleischerzeuger	- Kanalisation und Abwassersystem (Umschuldung) - noch zu bewilligende FAD-Mittel - Einheiten zur Versorgung und Betreuung für Risiko-Frühgeborene zusammen mit dem Gesundheitsministerium	- Förderung beim Clean Development Mechanism (CDM) durch Mittel aus der 2. und 3. Umschuldungstranche - Institutionelle Stärkung der DINAMA - Einbeziehung Uruguays in den CDM mit Forstwirtschafts- und Viehzuchtprojekten - verstärkte Implementierung des Nationalen Gewässerschutzsystems - Aufbau und Umsetzung eines Hochschulraums über das Netzwerk CLARA - Allgemeine Einführung von Informationstechnologien für Bildungszwecke in UDELAR
Japan (nicht rückzahlbare Gelder)		Entwicklung von Land- und Forstwirtschaft. Warenverpackung	Wasserqualität in armen Gebieten.	
Frankreich ¹⁰ (nicht rückzahlbare Gelder)				Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschung und Wissenschaft (+ Medizin)
Italien ¹⁰ (35 Mio. EUR über Kredite und nicht rückzahlbare Beihilfen)		Förderprogramme für KMU	Öffentliches Gesundheitssystem	
EIB (1,3 Mrd. USD an Krediten)	Modernisierung des Staates	Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen	Soziales Wohlbefinden.	
Weltbank ¹¹ (800 Mio. USD an Krediten)	Steuerreform. Modernisierung des Staates	Landwirtschaft und natürliche Ressourcen Finanzwirtschaft und Kapitalmarkt	Soziale Integration. Nationales Gesundheitssystem. Bildung und Schule. Infrastruktur und öffentlicher Dienst.	Nationales Innovationssystem
UNDP (nicht rückzahlbar)	Übergangsunterstützung	Innovation	Sozialer Zusammenhalt. Gestaltung PANES	Wissenschaft und Technologie. Umwelt.

⁹ über ca. 5 Jahre laufende Programme.

¹⁰ Bei Spanien, Frankreich und Italien kommen zu den hier aufgeführten Bereichen die kulturelle Zusammenarbeit, Hochschul- (und Forschungs)-Stipendien sowie die dezentrale Entwicklungshilfe (Regionen, Städte, autonome Gemeinschaften usw.) hinzu.

¹¹ Mittel, die als rückzahlbarer Kredit vergeben wurden.

Anhang 4 Testlauf zur Vorab-Programmplanung für die europäische Entwicklungszusammenarbeit in Uruguay, 2007-2013. Schlussfolgerungen der Konsultations-Workshops mit Nichtregierungsstellen und Vertretern öffentlicher Einrichtungen

- Im Rahmen des Vorab-Programmplanungsauftrags zur Vorbereitung des Länderstrategiepapiers durch die EU-Kommission wurden Konsultations-Workshops zum intensiven Meinungsaustausch mit den betroffenen Nichtregierungsstellen und Vertretern öffentlicher Einrichtungen zu folgenden Themen veranstaltet: (i) **sozialer und räumlicher Zusammenhalt**, und (ii) **Innovation, Forschung und wirtschaftliche Entwicklung**.
- Am Donnerstag, den 21. Juli, wurde der erste Workshop **Sozialer und räumlicher Zusammenhalt** unter Beteiligung von 59 geladenen Gästen um 14:00 Uhr eröffnet; im Folgenden nun die Tagesordnung:
 - Begrüßung durch Botschafter William Hanna für die Europäische Kommission,
 - dem Anlass angemessene Antwort von Botschafter Diego Zorrilla für die Regierung von Uruguay,
 - Einführung zum Workshop durch den Leiter des Planungs- und Haushaltsbüros (OPP), Carlos Viera, Regierung von Uruguay,
 - Erläuterungen zum Ablauf bei der Ausarbeitung des Strategiepapiers durch César García Álvarez, Europäische Kommission,
 - einführende Hinweise zum Gesprächsthema durch den Berater der Europäischen Kommission, Juan Carlos Aguilar,
 - Gesprächsbeginn und Arbeit in Teams,
 - Schlussfolgerungen.
- Die wichtigsten Schlussfolgerungen aus dem Workshop **Sozialer und räumlicher Zusammenhalt** nun kurz im Überblick:
 - Wie sich bestätigt, sind die Themen zum sozialen und räumlichen Zusammenhalt sowohl für die Regierung (Soziales und Demokratisches Uruguay) als auch für die Nichtregierungsvertreter und die Zivilgesellschaft als Ganzes von vorrangiger Bedeutung.
 - In den Schwerpunktbereichen für öffentliche Politik einigte man sich auf Folgendes:
 - Förderung der Politik zur sozialen Integration und vor allem zur Schaffung von Arbeitsplätzen,
 - Entwicklung und Umsetzung einer Agenda, bei der eine partnerschaftliche wirtschaftliche Entwicklung vor Ort und das Gebietsmanagement im Mittelpunkt steht (örtliche Investitionen, Dezentralisierung, Raumordnung usw.),
 - Verbesserung der öffentlichen Investitionen vor Ort in Qualität und Umfang durch Ausrichtung am Konzept Raumordnung,
 - Hilfe beim Aufbau institutioneller Kapazitäten zur wirksameren Steuerung der Sozial- und Raumordnungspolitik,
 - Anpassung der Bildungspolitik, um den aktuellen Problemen des Landes besser gerecht zu werden und ein Umdenken einzuleiten,
 - Festigung der Steuerbehörden im Hinblick auf die Einnahmequellen und die Bereitstellung öffentlicher Gelder zur Sicherung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts.
- Die Schaffung des Ministeriums für Soziale Entwicklung, um die sozialpolitischen Zuständigkeiten und die Umsetzung des Nothilfeprogramms PANES zu vereinheit-

lichen, sind ein wichtiges Signal an die Gemeinschaft und lassen den politischen Willen der Regierung erkennen, hier weiter voranzukommen.

- An der Schwerpunktsetzung in den Bereichen, die zum Themenkomplex *Departamentos* innerhalb des BPB gehören, und einige bereits erbrachte Vorleistungen für den Aufbau des Staatlichen Systems für öffentliche Investitionen ist ebenfalls zu erkennen, welche große Bedeutung die staatliche Regierung Themen aus dem für die EU strategischen Schwerpunktbereich beimisst.

Hier sollen die Finanzleistungen der Europäischen Kommission vorrangig dafür eingesetzt werden, die öffentlichen Investitionen zur Verbesserung des sozialen und räumlichen Zusammenhalts zu sichern.

- Am Freitag, den 22. Juli, begann um 09:00 Uhr der Workshop **Innovation, Forschung und wirtschaftliche Entwicklung** unter Beteiligung von 62 geladenen Gästen; im Folgenden nun die Tagesordnung:
 - Begrüßung durch Botschafter William Hanna für die Europäische Kommission,
 - Einführung zum Workshop durch den Wirtschaftsberater der Direktion des Planungs- und Haushaltsbüros (OPP), Nelson Villarreal, Regierung von Uruguay,
 - Erläuterungen zum Ablauf bei der Ausarbeitung des Strategiepapiers durch César García Álvarez, Europäische Kommission,
 - einführende Hinweise zum erörterten Themenkomplex durch den Berater der Europäischen Kommission, Bruno Giussani,
 - Gesprächsbeginn und Arbeit in Teams,
 - Schlussfolgerungen.
- Hier nun die wichtigsten Schlussfolgerungen des Workshops **Innovation, Forschung und wirtschaftliche Entwicklung**:
 - Der Themenkomplex Innovation ist sowohl für die Regierung (Innovatives Uruguay) als auch für die Nichtregierungsvertreter und die Zivilgesellschaft von vorrangiger Bedeutung.
 - In den Schwerpunktbereichen für öffentliche Politik einigte man sich auf Folgendes:
 - Anpassung und Hierarchisierung des institutionellen Umfelds unter Einbeziehung aller Beteiligten des Nationalen Innovationssystems,
 - Ausbau und höherer Stellenwert für die Ausbildung der Human Resources zur Steuerung von Innovation und technologischer Entwicklung,
 - Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften bei Innovation zur Entwicklung im produzierenden Bereich und
 - Finanzierung und Bereitstellung von Geldern für Innovation.
 - Die Schaffung des Ministerialkabinetts für Innovation ist ein deutliches Signal an die Gemeinschaft und zeigt den politischen Willen der Regierung, hier weiter voranzukommen.
 - Die Verabschiedung und Bekanntgabe des Nationalen Strategieplans für Innovation steht als nächste Stufe bevor. Wir wünschen uns, dass der Nationale Strategieplan auch Politikansätze einschließt, die in den oben ermittelten Bereichen mittelfristig Lösungen bringen.

°°OO°°

Anhang 4a Konsultationen mit den Regierungsvertretern

Sitzungsprotokoll für die gemeinsame Bewertung EU – Regierung von Uruguay des Testlaufs zur Vorab-Programmplanung für die europäische Entwicklungszusammenarbeit in Uruguay 2007-2013 im Anschluss an die Konsultations-Workshops (21. und 22. Juli 2005).

Datum: 25. Juli 2005

Teilnehmer:

Europäische Kommission: Botschafter William Hanna (WH), César García Álvarez (CGA), Clelia de la Fuente, Mylène Testut und Carolina Gervaz

Außenministerium (AM): Botschafter Diego Zorrilla, Raquel Rodríguez, Carina Vigilante und Andrés Peláez

Planungs- und Haushaltsbüro (OPP): Aldo Beri, Martha Jauge

Berater: Juan Carlos Aguilar und Bruno Giussani

Wichtigste Hinweise

- **WH bezeichnete den Testlauf zur Vorabprogrammplanung in Namen der EU als „sehr nützlich“.** Er wies auf die wichtigsten Schritte hin, die bewältigt wurden: Konsultation mit den Mitgliedstaaten, Ausarbeitung der Konzeptnote und Veranstaltung der Konsultations-Workshops (21. / 22. Juli). Durch diese Besprechung sollte geklärt werden, wo der Testlauf aktuell steht, und der Regierung Uruguays mitgeteilt werden, wie die weiteren Schritte aussehen werden. WH wies insbesondere darauf hin, dass jetzt der richtige Zeitpunkt sei, das Länderstrategiepapier zu verfassen, eine Konsultation in den EU-Dienststellen durchzuführen und das Papier dann (am Jahresende) den EU-Mitgliedstaaten vorzulegen.
- CGA meldete sich mit der Ankündigung zu Wort, man sei vielleicht bis Jahresende in der Lage, (im COMIX) genauere Angaben zum aktuellen Stand der mehrjährigen Programmplanung zu machen. Nach Abschluss der Konsultationen zum Länderstrategiepapier werde man einvernehmlich mit dem Empfängerland ein Nationales Richtprogramm festlegen. CGA bemerkte, man könnte beantragen, dass Uruguay 2007 als eines der ersten Länder die neuen Verpflichtungen in Anspruch nimmt, da es bereits jetzt alle verfügbaren Mittel bereitgestellt habe. Dazu müsste man die Ausgestaltung der Programme noch im Jahr 2006 in Angriff nehmen.

- Zu den Schwerpunktbereichen des nächsten NRP für Uruguay 2007-2013 haben die **Vertreter des Außenministeriums** der EU-Delegation als Bestätigung eine mündliche Note übermittelt, in der sie das ganz besondere Interesse ihrer Regierung an den beiden in den Konsultations-Workshops erörterten Themen erneut betonten: (i) „soziale und territoriale Entwicklung zur Sicherung des Zusammenhalts des Landes“, und (ii) „Forschung und Innovation für die wirtschaftliche Entwicklung“ (das Institut Pasteur wird im Zusammenhang mit diesem Bereich genannt).

- **Die Vertreter von AM und OPP bewerteten den Testlauf zur Vorab-Programmplanung sehr positiv.**
 - Sie betonten insbesondere das starke öffentliche Interesse und die Qualität der Diskussionsbeiträge.
 - Sie äußerten sich anerkennend zu den Mitsprachemöglichkeiten, die ihnen bei diesem Testlauf zur Vorab-Programmplanung eingeräumt wurden. Durch ein derartiges Konzept sei die Eigenverantwortung bei der Projektsteuerung (*ownership*) und die Partnerschaft (*partnership*) mit dem Empfängerland gestärkt worden. WH nahm diesen Hinweis auf und fügte hinzu, derartige Konsultationen gehörten zur neuen Brüsseler Politik; es handle sich hier durchaus um ein innovatives Konzept für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.
 - Die uruguayische Gegenseite verwies darauf, wie zweckmäßig es gewesen sei, Workshops gezielt zu diesen Themenkomplexen zu veranstalten; so konnten sich die betroffenen Bereiche intensiv beteiligen.
 - Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, so der Hinweis, wenn die Referenzunterlagen vor Abhaltung der Workshops angesichts der hohen Qualität vorgelegen hätten. Außerdem wäre es besser gewesen, den Innovations-Workshop nicht auf einen Freitag zu legen, da dieser Tag im Allgemeinen einer Teilnahme nicht förderlich ist.
 - Es wurde darauf hingewiesen, dass es ohne vorherige Kenntnis des endgültigen Umfangs der EU-Förderung (der Haushalt 2006-2010 wird erst im August aufgestellt) nicht möglich war, einen spezifischen Haushaltsposten zur Erbringung der Gegenleistung vor Ort bereits jetzt einzuplanen. Es wurde angeregt, die Mittelzuweisung über einen Rechenschaftsbericht vorzunehmen (dazu müsste eine spezielle Haushaltslinie, ein „Testfond“, vielleicht nur mit dem Betrag Null angesetzt werden). Abgesehen davon wurde auf alle Fälle die Haushaltsanforderung für die laufenden Projekte bestätigt.

- Nach Durchsicht und Korrektur einzelner Punkte im Ausdruck wurde das Dokument mit den Schlussfolgerungen aus den Konsultations-Workshops einstimmig genehmigt; es ist zwar nicht verbindlich, wird aber zu einem Bezugspapier.

Hinweis: Bei Sitzungsende bat CGA Botschafter Zorrilla um Bestätigung der SOM-Sitzung (*Senior Official Meeting*) EU/Mercosur, die für November 2005 geplant ist. Sie wurde auf Freitag, den 18. November, angesetzt. Sollte sie bestätigt werden, könnte die COMIX-Sitzung EU/Uruguay am ersten darauf folgenden Werktag (Montag, den 21. November 2005) stattfinden.

CG/ durchgesehen von CGA

(Quelle: AIDCO)

Land	URUGUAY
Delegation	URUGUAY

AKTUELLER STAND BEI MITTELBINDUNGEN UND ZAHLUNGEN UND PROJEKTBESTAND

Haushaltsausführung Zeitraum 2000-2005

(Mio. EUR)	2000	2001	2002	2003	2004	2005 (1)	Gesamt
Mittelbindung	1,9	1,6	2,2	9,1	3	5,4	23,2
Zahlungen	2,7	2,2	2,7	4,2	8,2		20

Bestand an bereits laufenden und/oder neu gestarteten Projekten (2):

Haushaltslinien	Bezeichnung Linie	Anzahl Projekte	(Mio. EUR)
Geografisch			
190901	Fin. und techn. Zusammenarbeit	7	28,033
190902	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	2	8,400
190903	Flüchtlinge		
190904	Sanierung		
			36,433
Nicht geografisch		Anzahl Verträge	
190204	Landminen		
190211	Drogenpolitik		
190403	Menschenrechte und Folter		
210201/210202	Lebensmittelsicherheit		
210203	NRO	4	2,358
210205	Umwelt Tropenwälder	1	0,768
210206	Gleichstellung Geschlechter		
21020702/03/04	Gesundheit		
210213	Dezentralisierte Zusammenarbeit	1	0,230
			3,356
GESAMT		GESAMT	39,79

(1) Projekte mit Mittelbindung in der Programmplanung 2005

(2) Bereits laufende oder neu angelaufene Projekte, ohne abgeschlossene Projekte (gebundene Mittel)

Anhang 5a Maßnahmen, die aus dem NRP des LSP UY (2002-2006) finanziert wurden

Im Zeitraum 2002-2006 wurden hauptsächlich folgende Maßnahmen unterstützt:

Wirtschaftsreform:

Ziel: die Diversifizierung der Wirtschaft, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Produktionsqualität fördern

- Produzierender Bereich und Dienstleistungen: Projekt zur Diversifizierung der Gütererzeugung und Exportförderung für wettbewerbsfähige KMU; es fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Uruguay durch Stärkung der Clusterbildungsmechanismen, größere Exportfähigkeit und stärkere Öffnung der KMU gegenüber dem Ausland. Die Gesamtkosten erreichen 7,45 Mio. EUR, davon entfallen 5,4 Mio. EUR auf den EU-Beitrag.

- Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit: Projekt zur technologischen Entwicklung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft (UDELAR); damit sollen die Produktionssysteme, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit in den Bereichen Chemie, Biotechnologie und Informationstechnologie durch Entwicklung der technologischen Kapazitäten des Landes verbessert werden. Die Kosten liegen hier bei 5,4 Mio. EUR, davon entfallen 3 Mio. EUR auf den EU-Beitrag.

Staatsreform:

Ziel: die Staatsreform unterstützen, die staatlichen Institutionen modernisieren und dezentralisieren

- Modernisierung des Staats: Förderprojekt zur Modernisierung der Finanzverwaltung mit Gesamtkosten von 7,5 Mio. EUR, davon werden 5,5 Mio. EUR von der EU-Förderung aufgebracht. Ziel des Projekts ist, bei der Steigerung der Funktionsfähigkeit der Steuerverwaltung zu helfen, um so die Zahlungsfähigkeit Uruguays zu verbessern.

- Regionale Integration: Projekt zur Unterstützung des Mercosur-Sektoralausschusses (COMISEC). Das Ziel ist, Uruguay bei den Bemühungen um eine stärkere Mercosur-Integration zu unterstützen und gleichzeitig die Umstellung des Landes auf ein zunehmend globalisiertes Umfeld zu fördern. Das Projekt bestand aus technischer Hilfestellung für die COMISEC bei der Entwicklung von Analyse-, Monitoring- und Überwachungsinstrumenten für den Mercosur-Integrationsprozess, die die Entscheidungsfindung bei den verschiedenen daran beteiligten Bereichen, d. h. Staat, Privatwirtschaft, Hochschulen und Forschungsinstituten in Uruguay, erleichtern. Die Kosten lagen bei 0,53 Mio. EUR, davon entfielen 0,35 Mio. EUR auf den EU-Beitrag.

- Unterstützung des uruguayischen Parlaments. Gesamtkosten 1,44 Mio. EUR, EU-Beitrag 970 000 EUR. Zielsetzung: institutionelle Stärkung des Parlaments, effektives Funktionieren der beiden Kammern und bessere Vermittlung der Parlamentsarbeit an die Bürger.

Sozialer Bereich:

Ziel: die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt fördern und die Anstrengungen zur Senkung der Arbeitslosigkeit insbesondere bei Frauen unterstützen.

- Sozialer Bereich: Entwicklungsprojekt für die ärmsten ländlichen Gebiete im Norden Uruguays (*Proyecto de desarrollo de las zonas rurales más pobres del Norte de Uruguay* oder PRODENOR). Damit soll erreicht werden, dass die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen und Frauen durch ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt sinkt. Die Gesamtkosten betragen 7 Mio. EUR, davon entfallen 2,45 Mio. EUR auf den EU-Beitrag.

- Umweltschutz: Projekt La Barra. Es zielt darauf ab, den Lebensstandard der Menschen im westlichen Großraum Montevideo zu verbessern und die Voraussetzungen für eine rationelle, nachhaltige Entwicklung der Region zu schaffen. Die Gesamtkosten betragen 1,39 Mio. EUR, davon entfallen 900 000 EUR auf den EU-Beitrag.

„Die Regierung des Wechsels – der Übergang mit Verantwortung“ setzt vorrangig in sechs Themenbereichen an, die durch folgende Aktionsprogramme zum Ausdruck kommen:

- **Demokratisches Uruguay.** Mit diesem Programm sollen der Demokratieprozess und die demokratischen Institutionen verankert und gefestigt werden, die Mitwirkung der Bevölkerung an der Entscheidungsfindung soll durch Dezentralisierung von Regierungsaufgaben in einem Klima von Toleranz gefördert werden; es wird stärker auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Wirksamkeit staatlichen Handelns und den Kampf gegen Korruption geachtet.
- **Soziales Uruguay.** Ziel des Programms *Soziales Uruguay* ist, gegen bestehende soziale Not vorzugehen und die Voraussetzungen für eine bessere Lebensqualität der Menschen Uruguays zu schaffen; dies beinhaltet eine Förderung der sozialen Integration nicht zuletzt durch gezielte Anstrengungen für die Schwächsten (Kinder und Jugendliche, allein erziehende Frauen, Behinderte und randständige ältere Menschen). Bildung hat für die neue Regierung Priorität, und in diesem Sinne hat sie sich zu höheren Ausgaben für diesen Bereich verpflichtet, um mehr Chancengleichheit zu schaffen, die Hochschul-/Forschungsleistungen zu steigern und Bildung und Arbeitsmarkt stärker aneinander anzunähern. Im Gesundheitswesen soll durch Einführung einer landesweiten Krankenversicherung ein gerechteres System geschaffen werden, das mehr Chancengleichheit beim Zugang zu Gesundheitsleistungen und eine höhere Behandlungsqualität bei gleichzeitig niedrigeren finanziellen Belastungen für das System gewährleistet. Dazu müssen sämtliche Anreize für alle Beteiligten durch Verringerung der Zersplitterung und höhere Leistungsfähigkeit der Finanz- und Regulierungsinstrumente weiter verbessert werden.
- **Leistungsfähiges Uruguay.** Im Programm *Leistungsfähiges Uruguay* wird einem anhaltend hohen Wirtschaftswachstum ein hoher Stellenwert eingeräumt; Voraussetzung dafür ist eine kluge Handhabung der Wirtschaftspolitik zur Verankerung klarer Spielregeln zwischen Staat und Markt, zur Erneuerung der Finanzwirtschaft, zur Entwicklung der Kapitalmärkte und zur Verringerung der Dollarabhängigkeit der Wirtschaft. Das Programm zielt auch auf die Förderung öffentlicher Investitionen durch den Einsatz von Eigenkapital und externen Krediten sowie unter bedingter Einbeziehung der Privatwirtschaft als Konzessionsnehmer ab. Eine weitere, im Programm angesprochene Strukturreform ist die Steuerreform, die im Zeichen der Grundsätze Gleichheit und Investitionsförderung für Produktionsmittel steht. Zur Steuerreform gehört die Einführung einer personenbezogenen Einkommenssteuer. Und nicht zuletzt ist die Regierung bestrebt, die Beziehungen zum Mercosur-Raum enger zu gestalten und die Handelsbeziehungen über die Region hinaus durch Exportförderung zu verbessern.
- **Innovatives Uruguay.** Das Programm *Innovatives Uruguay* steht ganz im Zeichen der technologischen Entwicklung, um eine Trendwende weg von der derzeitigen Stagnation der vorhandenen Innovationskapazitäten im Land zu bewerkstelligen. Im Rahmen des Programms Innovatives Uruguay beabsichtigt die amtierende Regierung, (i) die bestehenden institutionellen Beziehungen für technologische Entwicklung durch Stärkung des Nationalen Innovationssystems (SNI) zu modernisieren, (ii) einen Nationalen Strategieplan für Innovation zu erarbeiten, mit dem Investitionen für Forschung und Entwicklung (F&E) und für vorrangige Bereiche (d. h. auch bei der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung, in der Informatik, beim Erhalt der natürlichen Ressourcen, bei den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), im Gesundheitswesen, in der verarbeitenden Industrie und im Fremdenverkehr) gefördert werden, (iii) das Bildungssystem als Ganzes auf die angewandte Forschung in Wissenschaft und Technologie bei gleichzeitig möglichst starker Vernetzung mit der produzierenden Wirtschaft auszurichten und (iv) Innovation in kleinen und mittelständischen Betrieben zu unterstützen.
- **Integriertes Uruguay.** Das Programm *Integriertes Uruguay* setzt auf den Ausbau der politischen und Handelsbeziehungen Uruguays zu seinen Nachbarn, vor allem zu den Mercosur-Staaten. Die neue Regierung arbeitet auch an einer weiteren Vertiefung der Beziehungen zu anderen regionalen Integrationsträgern und einer noch besseren Anbindung des Landes an die restliche Weltwirtschaft.
- **Kulturelles Uruguay.** Im Programm *Kulturelles Uruguay* wird festgestellt, wie wichtig es ist, die Kulturdebatte im Land zu fördern, um den Bürgern dauerhaft ein Bewusstsein für demokratische Würde, die Bedeutung von Wachstum und für gemeinsames, plurales Lernen zu

vermitteln. Es befürwortet ferner die Förderung einer Kultur der Vielfalt als Voraussetzung für die soziale Integration und das Entstehen einer eigenen kulturellen Identität.

Anhang 7 Räumliche Gliederung Uruguays und Einführung zum FDI

1. Territoriale Gliederung

Uruguay ist in 19 Verwaltungsbezirke („departamentos“) unterteilt. An der Spitze jedes Bezirks stehen ein so genannter *Intendente* (Gouverneur), der alle fünf Jahre gesondert (nicht in den allgemeinen Wahlen) gewählt wird, und ein (gesetzgebender) Departementsrat („*junta departamental*“), dessen Mitglieder nach dem direkten Wahlrecht und im gleichen Wahlgang wie der *Intendente* gewählt werden. Innerhalb der Departementsführung nimmt der *Intendente* Exekutiv- und Verwaltungsfunktionen wahr, der mit 31 Mitgliedern, so genannten *Ádilen*, besetzte Departementsrat ist dagegen für gesetzgeberische Aufgaben und die Kontrolle vor Ort zuständig.

Die Exekutivorgane auf Departementsebene sind verwaltungstechnisch gegenüber der Zentralregierung unabhängig und für zahlreiche Aufgaben zuständig. Sie sind insbesondere für die Stadtreinigung, die Straßenbauverwaltung in der Stadt und auf dem Land, die Müllabfuhr sowie für Märkte, Friedhöfe und Schlachthöfe zuständig. Ihnen kommen auch regulierende Aufgaben im öffentlichen Gesundheitswesen und bei der Hygiene zu. Die Departementsführung hat keine Kompetenzen in den Bereichen Abwasser, Schule und Gesundheit mit Ausnahme des Departements Montevideo, das selbst für die Abwasserableitung sorgt, auch wenn sie bei der Organisation und beim reibungslosen Funktionieren dieser Bereiche mit der Zentralregierung zusammenarbeiten. Die leitenden Departementsorgane spielen somit eine wichtige Rolle bei der Verwaltung der Städte und der regionalen Infrastruktur; so können sie die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Gewerbe in ihrem Zuständigkeitsbereich günstig beeinflussen.

2. Die Dezentralisierung

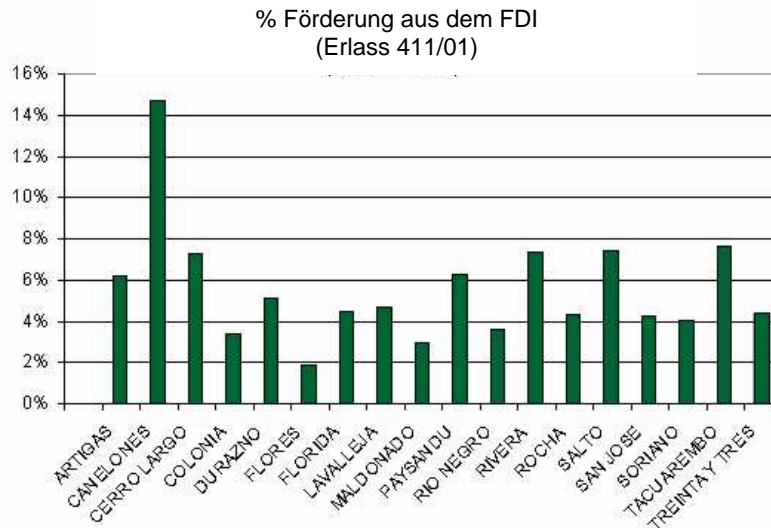
Die Dezentralisierung ist von solch zentraler Bedeutung für Uruguay, dass sie in Artikel 298 der 1996 überarbeiteten Staatsverfassung verankert wurde. Nach Maßgabe dieses Artikels kann die Exekutive per Gesetzgebung (ohne Initiativrecht) „einen Teil der staatlichen Steuereinnahmen für die Entwicklung des Landesinnern und das Betreiben der Dezentralisierungspolitik verwenden. Diese Einnahmen bilden dann einen **Haushaltsfonds**, aus dem die Programme und Projekte im Sinne von Absatz 5 Artikel 230 der Staatsverfassung finanziert werden. Dieser Teil muss verbindlich im Staatshaushalt eingeplant werden.“

Gemäß Gesetz 17.243 aus dem Jahr 2000 wurde der **Sektorialausschuss für Dezentralisierung** (*Comisión Sectorial de Descentralización*) eingerichtet, um die Exekutive in diesen Fragen zu beraten. Seine Arbeit wird vom Planungs- und Haushaltsbüro (*Oficina de Planeamiento y Presupuesto*) koordiniert, das es in der laufenden Geschäftsführung unterstützt.

In Artikel 643 des Finanzgesetzes Nr. 17.296 von 2001 wird die Einrichtung des Fonds und dessen Mittelausstattung abhängig von den spezifischen Steuereinnahmen 1999 in den *Departamentos* des Landesinneren festgelegt. Der Artikel regelt auch die Verteilung des Fonds in der Amtszeit der jetzigen Regierung. Von allen für den Haushalt zugewiesenen Mitteln sind 75 % für die Durchführung von Projekten und Programmen gemäß Artikel 230 Buchstabe A der Verfassung vorgesehen, die verbleibenden 25 % fließen in Projekte und Programme im Zuständigkeitsbereich der Departementsführung. Von allen Projekten und Programmen, die aus dem **Entwicklungsfonds für das**

Landesinnere (Fondo de Desarrollo del Interior - FDI) finanziert werden sollen, dürften 70 % der Mittel zu 80 % aus dem FDI und zu 20 % von den Gemeindebehörden kommen. Die verbleibenden Mittel (30 %) könnten in ausschließlich vom FDI geförderte Projekte fließen.

Im Erlass (Nr. 411/01) der Exekutive werden die Bestimmungen für den FDI festgelegt und die Verteilung der Gelder auf die einzelnen *Departamentos* geregelt:



Hier werden auch die Koordinierungsmodalitäten für die Arbeit des FDI durch das Planungs- und Haushaltsbüro in groben Zügen geregelt. Dieses Büro überträgt wiederum die Aufgaben zur Verwaltung der Haushaltsmittel, Projektbewertung und -überwachung sowie die Finanzkontrolle für diese Projekte und weitere ähnliche Aufgaben an die **Direktion für Entwicklungsprojekte (Dirección de Proyectos de Desarrollo - Diprode)**. Die Kriterien zur Verteilung der Fondsgelder auf die *Departamentos* sind in Artikel 4 des oben genannten Erlasses 411/01 aufgeführt: „Die bereitgestellten Mittel zur Finanzierung von Projekten, die von den Departementsregierungen im Landesinneren vorgelegt werden, verteilen sich gemäß Artikel 642 von Gesetz Nr. 17.296 unter Berücksichtigung von Kriterien wie Fläche, Bevölkerung, Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt und Anteil bedürftiger Haushalte anteilmäßig auf die betreffenden *Departamentos*.“

Rechtlicher Rahmen

Staatsverfassung von 1997, Artikel 297 und 298

Gesetz 17.243

Gesetz 17.296

Erlass 411/01

3. Zielsetzung und Funktionsweise des FDI (*Fondo de Desarrollo del Interior*)

Zielsetzung

Hauptziel des FDI, der bei der Verfassungsreform 1996 geschaffen wurde, ist die Förderung der regionalen und örtlichen Entwicklung in den *Departamentos* des Landesinnern und die weitere Dezentralisierung.

Funktionsweise

Das Funktionieren des Fonds beruht auf der Zusammenarbeit zwischen Departementsführungen und Zentralregierung in Gestalt des Sektoriausschusses für Dezentralisierung, dessen Tätigkeit vom Planungs- und Haushaltsbüro (OPP) des Staatspräsidentenamts koordiniert wird. Der FDI finanziert nur Projekte, die der oben genannten Zielsetzung gerecht werden und die fachliche Zustimmung des OPP erhalten. Diese Projekte zu sehr vielfältigen Themen können von mehreren Departementsregierungen eingebracht werden, die Mittel werden dann aber nach der vorgesehenen Haushaltsaufteilung verteilt.

Eine Förderung durch den FDI ist nur möglich, wenn die Projekte in einem Dokument dargestellt werden, aus dem das anvisierte Problem, die vorgeschlagene Lösung, der Investitionsumfang und die Höhe der Beteiligung der Gemeindebehörden klar hervorgehen. Die Projekte müssen beim Ausschuss für Dezentralisierung oder ersatzweise bei der OPP-Direktion auf einer nur vom *Intendente* des jeweiligen Departements unterschriebenen Note eingereicht werden, mit der dieser die Verantwortung für die Initiative übernimmt und die Finanzierung durch den FDI beantragt.

Das Projekt wird zur fachlichen Bewertung an die Direktion für Entwicklungsprojekte (Diprode) weitergeleitet, die hierbei volle Eigenständigkeit genießt. Die Diprode erstellt einen Bericht für oder gegen die Genehmigung des Projekts. Für die Genehmigung des Projekts ausschlaggebend ist aber letztendlich die Stellungnahme des Sektoriausschusses für Dezentralisierung, der beauftragt ist, die Exekutive hierbei zu beraten.

Nach Genehmigung des Projekts durch diese verschiedenen Stellen wird bei der Diprode ein Supervisor ernannt. Dieser ist für die technische Überwachung, die Genehmigung der Zahlungen durch den FDI und die Kontrolle der Auszahlung der finanziellen Beteiligung durch die Gemeindebehörden zuständig.

4. Die FDI-Mittel

Der mehrjährige Haushaltsposten 2005-2009 für die jährlichen Ausgaben des FDI umfasst 425 Mio. Uruguay-Pesos (15,2 Mio. EUR nach derzeitigem Wechselkurs). Das entspricht 4 % des Investitionshaushalts für 2006 (10,3 Mrd. Pesos insgesamt oder ca. 365 Mio. EUR) oder 3 Promille des Gesamthaushalts (2006: 113,6 Mrd. Pesos, umgerechnet 4 Mrd. EUR).

Uruguay rangiert beim **Umweltgüteindex** (ESI)¹² an dritter Stelle weltweit (von 146 Ländern). Das ist die beste Leistung von allen lateinamerikanischen Staaten. Die relative soziopolitische Stabilität in Uruguay hat die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mittel- und langfristigen Umweltpolitik geschaffen. Zusammen mit der geringen Bevölkerungsdichte und der hoch entwickelten Industrie erklärt dies die gute Leistung Uruguays, die mit der in nordeuropäischen Ländern vergleichbar ist.

Beschreibung der natürlichen Lebensräume in Uruguay

Uruguay liegt in einer mäßig warmen Klimazone; hier herrscht ein gemäßigtes Klima mit geringen Niederschlägen und einer durchschnittlichen Temperatur von 17-18 °C. Zwischen den einzelnen Gebieten des Landes gibt es keine größeren klimatischen Unterschiede. In Uruguay sind vier Hauptlebensräume anzutreffen: (i) Grasland mit uneinheitlichem Gräserbewuchs, wo ein- und mehrjährige Grasarten vorherrschen, (ii) Bergland auf 3,5 % des Staatsgebiets, das aus den Randgebirgen besteht, (iii), Feuchtgebiete im zeitweise oder ständig überfluteten Tiefland, wo tief wurzelnde Überwasserpflanzen wachsen, und (iv) Küste entlang des Uferstreifens am Río de la Plata und am Atlantik, wo Festland und Wasser aufeinander treffen. Alle Lebensräume wurden durch Stadtansiedlungen, den Bau von Häfen und Tourismuszonen beeinträchtigt und belastet.

Uruguay liegt auf sechs große Wassereinzugsgebiete - Río Uruguay, Río Negro, Río de la Plata, Atlantik, Merín-Lagune und Río Santa Lucía - verteilt. Die wichtigsten Grundwasservorkommen sind an poröse oder verwitterte kristalline Gesteinsschichten gebunden. Analysen bescheinigen im Allgemeinen eine hohe Wasserqualität, die für alle Zwecke geeignet ist. Der größte Grundwasserspeicher ist der *acuífero* Guaraní. Größere Naturrisiken sind durch Klimaereignisse (starke Abweichungen bei den mittleren Niederschlagsmengen, Schwankungen der durchschnittlichen Temperatur und Wetterereignisse wie Hagel, Tornados, Windböen und Blitzschlag) bedingt.

Diagnose und aktueller Stand

Die größten Umweltprobleme in Uruguay sind durch falsche Bodennutzung, geringe Wertschätzung von Wasser als natürliche Ressource, Luftverschmutzung und schwindende Artenvielfalt bedingt.

Zeichen für die ungeeignete Bodennutzung ist die schwindende Produktivität der Weideflächen als Folge von Überweidung und falschem Umgang mit dem natürlichen Grasland, die zu starke Bewirtschaftung und Zerstörung landwirtschaftlicher Böden durch Erosion und Verdichtung, aber auch die zunehmende Umweltverschmutzung des ländlichen Raums durch den Einsatz von Agrarchemikalien. Auch in Stadtgebieten treten Probleme durch falsche Bodennutzung auf. Extremstes Beispiel dafür sind die an die Stadt Montevideo angrenzenden Gebiete, die durch Bleiverschmutzung belastet sind.

Dadurch, dass Wasser als Ressource im Überfluss vorhanden ist, wurde ein rationeller Umgang mit Wasser verhindert. In Montevideo ist die Wasserqualität an der Küste das größte Problem; auf dem Land geht es vielmehr um die verstärkte Nutzung von Wasser für die Bewässerung, für die mehr Wasser entnommen wird als vorhanden ist. Alle genannten Probleme sind durch menschliche Siedlungen, Industrieansiedlung und falsche Praktiken in den Wassereinzugsgebieten bedingt.

¹² Rangliste konzipiert von der Universität Yale und Daten vom Weltwirtschaftsforum

Verschärft wird das Problem durch die Verstädterung, da unzureichende Kanalisation und Klärung von Industrieabwässern zu Umweltverschmutzung führen. Andererseits ist im Río Uruguay, dem gemeinsamen Grenzfluss zwischen Argentinien, Brasilien und Uruguay, ein hohes Ausmaß an Verschmutzung festzustellen, die auf ein Kohlekraftwerk und die Abholzung der Uferwälder auf brasilianischer Seite zurückzuführen ist.

Die größten Luftverschmutzungsprobleme treten nur vereinzelt auf und sind durch Industriestandorte im Großraum Montevideo bedingt. Innerhalb des Ballungsraums sind die Giftstoff- und Staubemissionen durch die Erdölindustrie, Wärmekraftwerke, Chemieunternehmen, Lackierereien und Batterieverwertungsbetriebe besonders hervorzuheben. Die Umweltverschmutzung entsteht, wenn sich Kohlenwasserstoffe, Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Stickoxid, Blei und Schwebstoffe (Staub) fein in der Luft verteilen.

Obwohl es Gesetze gibt, die einen nachhaltigen Umgang mit der Artenvielfalt fördern und regeln, ist die Natur in Uruguay durch die Abholzung des Waldes, die Zerstörung des Lebensraums der hier vorkommenden Tierarten und die Einführung genmanipulierter Pflanzenkulturen gefährdet.

Umweltpolitik und Gesetzgebung

Seit den 90-er Jahren hat Uruguay Instrumente und staatliche Vorschriften für den Umweltschutz geschaffen; daran ist zu erkennen, welcher Stellenwert den verschiedenen Aspekten der Problematik eingeräumt werden. Das Land hat in den letzten zehn Jahren auch zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung internationaler Abkommen durchgeführt. Laut Artikel 6 der Staatsverfassung ist Uruguay verpflichtet, die internationalen Verträge wirksam umzusetzen und innerhalb der Staatengemeinschaft, insbesondere im Mercosur-Raum, alles daran zu setzen, um die natürlichen Ressourcen durch eine aufeinander abgestimmte Politik der Vorbeugung, Renaturierung und Strafverfolgung zu erhalten und auf geeignete Weise zu nutzen.

Herausforderungen und Mittel zur Erreichung der Nachhaltigkeit

Auch wenn sich die Umwelt in Uruguay im Vergleich zu anderen Ländern der Welt in verhältnismäßig gutem Zustand präsentiert, ist auf mehreren Gebieten noch Spielraum für weitere Verbesserungen. Obwohl Uruguay sein politisches Interesse für das Thema unter Beweis gestellt hat, war es nicht immer in der Lage, die Erwartungen der unterschiedlichen Kräfte auf internationaler Ebene zu erfüllen. Aus all diesen Gründen ist es zweckmäßig, das Land weiterhin bei der konkreten Umsetzung bereits festgelegter Ziele zu unterstützen und neue Zielvorgaben zu definieren.

Es wäre ebenfalls sehr wichtig, dass Uruguay die Lösung von Problemen, die durch die Zunahme der örtlichen und regionalen Wirtschaftstätigkeit entstehen, unverzüglich in Angriff nimmt. Bei der großen Herausforderung für Uruguay stehen zwei Hauptthemen im Vordergrund: i) das Wirtschaftswachstum mit den Erfordernissen des Umweltschutzes vereinbar machen und ii) öffentliche, private oder gemischt wirtschaftliche Projekte in Gang bringen, durch die die schädlichen Auswirkungen des Klimawandels deutlich verringert werden können.

Dazu müsste die institutionelle Unterstützung des Staates durch Bereitstellung der erforderlichen Instrumente für die für die Umweltkontrolle zuständigen Stellen gestärkt werden, um die Einhaltung der geltenden Normen und Vorschriften zu gewährleisten. Auf jeden Fall spielt eine kontinuierliche Förderung von Forschung und Entwicklung eine grundlegende Rolle, da nur so neue Alternativen für die Umwelt gefunden werden.

Geografie

Die Republik Östlich des Flusses Uruguay, wie die offizielle Bezeichnung des Landes lautet, liegt im südlichen Teil Südamerikas am Atlantik zwischen Argentinien und Brasilien. Das Land erstreckt sich über ein 176 220 km² großes Gebiet (ist also halb so groß wie Finnland) mit 1 654 km Grenzlinie im Landesinnern (579 km zu Argentinien und 985 km zu Brasilien) und 660 km Küste. Die Hauptstadt ist Montevideo, und die Amtssprache ist Spanisch.

Bevölkerung

Uruguay hat laut Schätzungen vom Juni 2005 3,5 Mio. Einwohner. Die Bevölkerungsstruktur sieht wie folgt aus: (i) 0-14 Jahre 23,2 % der Bevölkerung, (ii) 15-64 Jahre 63,6 % der Bevölkerung und (iii) über 65 Jahre 13,2 % der Bevölkerung. Die Bevölkerung Uruguays ballt sich in Küstennähe am Atlantik. Allein auf die Stadt Montevideo entfallen rund 44 % der Einwohner, und in den Küstenregionen wohnen 74 % der Bevölkerung Uruguays. Die Lebenserwartung für Neugeborene beträgt 76,1 Jahre, die Fruchtbarkeitsquote liegt bei 1,91 Kindern pro Frau und das Bevölkerungswachstum beträgt 0,47 % jährlich. Die Alphabetisierungsquote liegt bei 98 %.

Politische Gliederung

Uruguay ist eine konstitutionelle Republik, die in 19 Verwaltungsbezirke (departamentos) unterteilt ist: Artigas, Canelones, Cerro Largo, Colonia, Durazno, Flores, Florida, Lavalleja, Maldonado, Montevideo, Paysandú, Río Negro, Rivera, Rocha, Salto, San José, Soriano, Tacuarembó und Treinta y Tres.

Regierungsstruktur

Der Staat verteilt sich auf drei unabhängige Gewalten: Exekutive, Legislative und Judikative. Die Legislaturperiode beträgt laut Verfassung fünf Jahre, und bei den allgemeinen Wahlen werden die Exekutive und die Legislative gewählt. Zur Exekutive gehört der Staatspräsident, der Vizepräsident und die Staatsminister. Bei den allgemeinen Wahlen vom 31. Oktober 2004 wurde Tabaré Vázquez, der Kandidat des Wahlbündnisses Frente Amplio, zum Staatspräsidenten gewählt. Vizepräsident ist Rodolfo Nin Nova. Die Legislative besteht aus der Nationalversammlung, zu der die Abgeordnetenkammer (99 Sitze) und die Senatskammer (31 Sitze) gehören. Bei den Wahlen im Oktober 2004 ergab sich folgende Sitzverteilung in der Abgeordnetenkammer: Frente Amplio 52 Sitze, Partido Blanco 36 Sitze, Partido Colorado 10 Sitze und Partido Independiente 1 Sitz. Für die Senatskammer ergab sich folgendes Bild: Frente Amplio 16 Sitze, Partido Blanco 11 Sitze, Partido Colorado 3 Sitze.

Die Judikative besteht aus Richtern, die vom Staatspräsidenten ernannt und von der Nationalversammlung für eine zehnjährige Amtszeit bestellt werden.

Die Departamentos werden von einem Intendente (Gouverneur) geführt, der vom Volk alle fünf Jahre direkt gewählt wird. Bei den letzten Bezirkswahlen im Mai 2005 setzte sich die Partido Blanco in 10 Departamentos, die Frente Amplio in den 8 bevölkerungsreichsten Departamentos durch, die Partido Colorado errang nur eine Provinz.

Wirtschaft

Uruguay wird als mittel bis hoch stehende Wirtschaft eingestuft, mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 3 598 USD im Jahre 2005. Kennzeichnend sind ein dynamischer, exportorientierter Viehzuchtbereich, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und hohe Sozialausgaben. Nachdem sich das Wirtschaftswachstum mehrere Jahre lang auf einem durchschnittlichen Niveau von 5 % bewegte, geriet die Wirtschaft 1998-2002 in eine tiefe Rezession. Die Wirtschaft schrumpfte in diesem Zeitraum insgesamt um 17,7 % des BIP, was sich erheblich auf das Durchschnittseinkommen und die Arbeitslosigkeit auswirkte. Auch die Armut stieg von 18 % auf 31 % der Bevölkerung an. Die Inflation schnellte in die Höhe, und die öffentliche Verschuldung wuchs. Nach einer Erholung im internationalen Umfeld und durch Maßnahmen zur Wiederherstellung der volkswirtschaftlichen Stabilität und eine vorsichtige Steuerpolitik wuchs die Wirtschaft Uruguays 2004 wieder stärker mit einer Wachstumsrate von 10 %. Die Inflation sank langsam, ebenso wie die Arbeitslosigkeit. Die Währung Uruguays ist der Uruguay-Peso, dessen Kurs Ende 2005 bei 28 Pesos für 1 Euro lag.

Anhang 11 Abkürzungen

@lis:	Allianz für die Informationsgesellschaft
AA:	Assoziierungsabkommen
AECI:	Spanische Agentur für internationale Zusammenarbeit
AlBan:	Stipendienprogramm der Europäischen Union für die Hochschulbildung in Lateinamerika
ALFA:	Lateinamerika – Akademische Ausbildung
ALINVEST:	Programm für die wirtschaftliche Zusammenarbeit
IDB:	Interamerikanische Entwicklungsbank (<i>Interamerican Development Bank</i>)
BIP:	Bruttoinlandsprodukt
CAD/OECD:	Ausschuss für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CCE:	Spanisches Kulturzentrum
CF:	Finanzierungsvereinbarung
COMISEC:	Sektorenkommission (des MERCOSUR)
DAC/OECD:	Ausschuss für Entwicklungshilfe (engl. Abk.) der OECD
DF:	Finanzierungsentscheidung
DSR (RSP):	Regionales Strategiepapier (Regional Strategy Paper)
EG:	Europäische Gemeinschaft
ESI:	Umweltgüte-Index
EU:	Europäische Union
FA:	<i>Frente Amplio</i> (Regierungskoalition)
FAO:	UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (<i>Food And Agriculture Organisation</i>)
F&E	Forschung und Entwicklung
FDI:	Fonds für die Entwicklung des Landesinnern (<i>Fondo de Desarrollo del Interior</i>)
GAP:	Gemeinsame Agrarpolitik
IFI:	Internationale Währungsinstitution
IKT:	Informations- und Kommunikationstechnologien
INE:	Nationales Amt für Statistik (<i>Instituto Nacional de Estadística</i>)
IWF:	Internationaler Währungsfonds
KMU:	Kleine und mittlere Unternehmen
LA:	Lateinamerika
LSP (CSP):	Länderstrategiepapier (<i>Country Strategy Paper</i>)
MEC:	Erziehungs- und Kultusministerium

MERCOSUR:	Gemeinsamer Markt des Süden
MoU:	Vereinbarungsprotokoll (<i>Memorandum of Understanding</i>)
MS	Mitgliedstaaten
NRP:	Nationales Richtprogramm
OECD:	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
NRO:	Nichtregierungsorganisation
OPP:	Büro für Planung und Haushalt (<i>Oficina de planificación y presupuesto</i>)
PANES:	Hilfsprogramm für soziale Notfälle (<i>Plan De Asistencia Nacional A La Emergencia Social</i>)
PRODENOR:	Projekt zur Entwicklung der ärmsten ländlichen Gebiete im Norden des Landes (<i>Proyecto De Desarrollo De Las Zonas Rurales Más Pobres Del Norte De Uruguay</i>)
ROU:	Republik Östlich des (Flusses) Uruguay
RSP:	Regionales Strategiepapier (<i>Regional Strategy Paper</i>)
SNI:	Nationales Innovationssystem
SOM:	<i>Senior Official Meeting</i>
SPS:	Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen
UDELAR:	Universität Uruguay (<i>Universidad de la República</i>)
UNDP:	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO:	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNFPA:	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNICEF:	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
URBAL:	Stadtentwicklungsprogramm für Lateinamerika
USA:	Vereinigte Staaten von Amerika
USD:	US-Dollar
UY:	Uruguay
WB:	Weltbank
WTO:	Welthandelsorganisation
WZO:	Weltzollorganisation